

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

281 (30.11.1917)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postämter monatlich 90 P., 1/2jährlich 2,70 M., ausgehelt durch unsere Träger 1 M., bezw. 3 M.; durch die Post 1,04 M. bezw. 3,12 M.; durch d. Feldpost 1,08 M. bezw. 3,05 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags, Geschäftszeit: 7-1/2 u. 2-3/4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonnenzeile od. deren Raum 20 P., Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geß & Cie., Karlsruhe.

Das Ende des Großblocks.

W. K. Wie wir schon berichteten, hat die sozialdemokratische Fraktion der II. Kammer im Vorkommensauschuss durch ihren Vorsitzenden, den Abg. Kolb, die Erklärung abgegeben, daß sie den Großblock als nicht mehr bestehend betrachte und in Konsequenz dieses Standpunktes den Anspruch des Zentrums auf den ersten Präsidenten anerkennt. In einem parteioffiziösen Artikel der „Bad. Landesztg.“ werden der sozialdemokratischen Fraktion wegen dieses Schrittes schwere Vorwürfe gemacht, darunter der, sie habe gegen Treu und Glauben gehandelt und den Fortschrittler zu verhandeln, den Bruch des Großblocks vollzogen habe. Dieser Vorwurf ist durchaus unbegründet. Der Großblock war ursprünglich eine rein wahltaktische Abmachung, die in der II. Kammer infolge einer Fortsetzung fand, als der Großblock bei der Wahl des Präsidiums gelöst wurde und dadurch Anspruch auf den ersten Präsidenten erheben konnte. Dieser politisch-parlamentarische Ausdruck des Großblocks hatte aber nur so lange Sinn und Zweck, als die Hoffnung berechtigt war, daß sich aus der wahltaktischen Abmachung der Parteien der Linken eine politisch und parlamentarisch aktionsfähige Mehrheit entwickeln wird. Diese Hoffnung hat sich — durch die Schuld der Nationalliberalen — als trügerisch erwiesen. Schon bei den letzten Landtagswahlen zeigte es sich, daß die Nationalliberalen den Großblock im wesentlichen als eine Sicherung gegen die Dezimierung ihres Mandatsbestandes betrachteten. Unbestimmt um die politischen Folgen, die sich ergeben müßten, ließ es die nationalliberale Partei zu, daß einige ihrer Kandidaten schon bei den Hauptwahlen sich um die Unterstützung des Zentrums bewarben und sich als Gegner des Großblocks bekamen. Es ist hier nur an die Abgg. Ritter und Krauth erinnert. Der Abg. Ritter, der sich als zentrumsnaher Kandidat gegen den Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei wählte, trotzdem diese ein förmliches Wahlbündnis schon für die Hauptwahlen mit den Nationalliberalen abgeschlossen hatten. Herr Niederbühl fand trotzdem anstandslos Aufnahme als Mitglied der nationalliberalen Landtagsfraktion. Welche Rolle Herr Wittum bei den Reichstagswahlen spielte, ist noch in guter Erinnerung. Die Kosten dieser den Großblock mißachtenden Taktik der Nationalliberalen hatte die Sozialdemokratie zu tragen. Sie verlor nicht nur eine ganze Anzahl von Landtagsmandaten, sondern auch zwei Reichstagsmandate. Trotzdem hielt sie am Großblock fest und dies, obwohl sich in der Partei dagegen eine immer stärker werdende Opposition geltend machte. Noch immer stand ihr die politische Bedeutung des Großblocks höher als der Besitz einiger Mandate. So schwach auch die Hoffnung darauf war, daß die Nationalliberalen schließlich doch noch sich dazu entschließen werden, die politischen Konsequenzen des wahltaktischen Abkommens zu ziehen, die Sozialdemokratie gab sie nicht auf. Speziell gab sich der Abg. Kolb in Wort und Schrift die erdenklichste Mühe, die gegen den Großblock in der sozialdemokratischen Partei sich immer stärker geltend machende Opposition zu überwinden. Immer wieder mahnte und rief er zur Geduld unter Hinweis auf die Schwierigkeiten der politischen Entwicklung in der Sozialdemokratie selbst. Seine Stellung als Politiker und Parlamentarier wurde fortgesetzt schwieriger, aber trotzdem hielt er an seinem Standpunkt fest und verteidigte die Notwendigkeit des Großblocks.

Die Vorgänge auf dem letzten Landtag und die ganz unglaublich reservierte Haltung der Nationalliberalen gegenüber dem von der Sozialdemokratie proklamierten Aktionsprogramm haben dem Großblock den Boden ausgeglitten. Konnten sich doch die Nationalliberalen nicht einmal dazu entschließen, sich offen für die Bezeichnung der Massenwahl bei den Gemeindevahlen auszusprechen.

Unter diesen Umständen am Großblock festzuhalten, war für die Sozialdemokratie rein unmöglich. Darüber konnten und durften die Nationalliberalen nicht im Zweifel sein. Die Opposition gegen den Großblock schwoll in der sozialdemokratischen Partei lawinenartig an, die letzte Hoffnung, mit den Nationalliberalen zusammen in Baden eine politische Umgestaltung zu ermöglichen, mußte schwinden. Dazu kam dann noch die Anbiederung an die Abwärtenden und die Vaterlandspartei, die Seine nationalliberale Wortführer gegen die Reichstagsmehrheit und gegen deren Friedensresolution, die ein politisch erfolgversprechendes Zusammenarbeiten mit den Nationalliberalen als aussichtslos ersehen lassen mußte.

Trotzdem hatte die sozialdemokratische Fraktion die Absicht, auch auf diesem Landtag noch es beim bisherigen Zustand zu belassen. Sie hatte keinerlei Kenntnis davon, daß das Zentrum beabsichtigte, seinen Anspruch auf die Teilnahme am Präsidium geltend zu machen, sie war viel-

mehr der Meinung, das alte Präsidium werde ohne weiteres wieder gewählt.

Kurz vor der Eröffnung des Landtags erst machte der Abg. Kopf dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion Mitteilung davon, daß das Zentrum sich am Präsidium beteiligen wolle. Falls der Großblock noch bestünde, beanspruche seine Partei den ersten Vizepräsidenten, andernfalls erhebe es den Anspruch auf den ersten Präsidenten. Abg. Kolb gab davon der sozialdemokratischen Fraktion Kenntnis. Diese glaubte angeichts der oben geschilderten Vorgänge die politische Verantwortung für den nur noch der Form nach bestehenden Großblock nicht weiter übernehmen zu können und akzeptierte infolgedessen den Anspruch des Zentrums auf den ersten Präsidenten. Verhandlungen mit den Nationalliberalen darüber hielt die sozialdemokratische Fraktion für zwecklos und dies um so mehr, als sie mittlerweile erfahren hatte, daß die Nationalliberalen mit dem Zentrum wegen des ersten Vizepräsidenten bereits verhandelt hatten. Auch in diesem Falle hätte also die Sozialdemokratie wieder für den Großblock das Opfer bringen müssen, während die Nationalliberalen sich die Vorteile des Großblocks zu eigen machten.

So der Tatbestand. Die Nationalliberalen haben nicht den geringsten Anlaß, sich über die Sozialdemokratie zu entrichten. Daß die Entwicklung diese Bahnen einschlug, war und ist nicht die Schuld der Sozialdemokratie, die es an gutem Willen, eine politisch aktionsfähige Mitte zu schaffen, wahrlich nicht hat fehlen lassen. Gätten die Nationalliberalen auf dem letzten Landtag auch nur eingekerkert zu erkennen gegeben, daß sie ernstlich gewillt sind, zusammen mit den anderen Parteien des Großblocks eine politische Neuorientierung in die Wege zu leiten, dann wäre der Großblock nicht in die Brüche gegangen. So aber war sein Schicksal besiegelt. Jetzt haben die Nationalliberalen Anträge auf die Reform der Verfassung des Staates und der Gemeinden eingebracht, jetzt, wo sie sehen, es geht gar nicht mehr anders, wenn sie nicht unter die Räder kommen

sollen. Es ist die alte Geschichte: Immer nur der Not gehorchend und nicht dem eigenen Triebe folgend, treiben die Nationalliberalen liberale Politik. Welche politischen Folgen das Ende des Großblocks haben wird, kann einstweilen dahingestellt bleiben. Wie gehen der weiteren Entwicklung der Dinge jedenfalls mit größter Ruhe und mit Zuversicht entgegen. Gewiß kann die Sozialdemokratie allein nichts erreichen; ebensowenig aber die Nationalliberalen und auch das Zentrum ist nicht stark genug, der badiischen Politik von sich aus Ziel und Richtung zu geben. Wir sind nach wie vor bereit, mit den Nationalliberalen zusammen für den politischen Fortschritt im Lande zu arbeiten und wir werden uns nur freuen, wenn das recht oft mit Aussicht auf Erfolg geschehen kann. Wir sind aber ebenso bereit, zu demselben Zweck mit dem Zentrum zusammenzuarbeiten. Auf keinen Fall aber konnte die Sozialdemokratie weiterhin sich dazu berechtigt erklären, den Nationalliberalen die Stationen aus dem Feuer zu holen. Auf ihr allein lastete das Dium des Großblocks, der bei allen irgendwie bedeutenden politischen Aktionen verjagte.

Nach den Vorgängen im Reiche hätte das Festhalten am Großblock lediglich politische Konflikte zum Schaden der Sozialdemokratie hervorgerufen, während sich die Nationalliberalen die Vorteile desselben zu Nutzen gemacht hätten. Das mußte die Sozialdemokratie ablehnen.

Item, zu der Aufregung und Entrüstung, wie sie in dem Artikel der „Bad. Landesztg.“ zum Ausdruck kommen, liegt kein Anlaß vor. Es geht auch ohne Großblock, wenn es den Nationalliberalen Ernst damit ist, in Baden eine wahrhaft liberale Politik in die Wege zu leiten. Ja, wir sind überzeugt, es geht sogar besser, denn auch das Zentrum wird sich der Entwicklung, die der Krieg geschaffen hat, nicht widersehen können.

Darum keine Aufregung, die Sozialdemokratie hat den Schritt, den sie getan hat, wohl überlegt. Ob es klug war, wird die Zukunft zeigen.

Weitere feindliche Angriffe allenthalben gescheitert. — Ein großer Tag im Reichstag.

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 29. Nov. (W.D. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Bayerische Sturmtruppen holten östlich von Merckhem einen Offizier, 46 Mann und 2 Maschinengewehre aus den belgischen Linien. Tagsüber lag starkes Feuer bei Poelcapelle und zwischen Bevelaere und Cheluvvelt. Östlich von Arras erhöhte Artillerietätigkeit.

Südwestlich von Cambrai ruhte gestern der Kampf. Zwischen Moenvres und Bourlon, bei Fontaine und Creve-Coeur war das Feuer zeitweilig gesteigert. Cambrai wurde von den Engländern beschossen. Kleinere Vorfeldgefechte brachten Gefangene und Maschinengewehre ein.

Seeeresgruppe Deutscher Kronprinz

Auf beiden Maas-Ufern lebte das Feuer am Nachmittag auf. Eigene Erkundungen verliefen erfolgreich. Bei Dieppe wurde ein französischer Vorstoß abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Mazedonische Front

keine größere Kampfhandlung.

Italienische Front.

Italienische Angriffe gegen unsere Gebirgsstellungen auf dem Montefurter der Brenta und auf dem Monte Tomba scheiterten.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

Ein neuer englischer Angriff verlustreich gescheitert.

Berlin, 29. Nov. abends. (Amtlich.) Starkes Artilleriefeuer bei Poelcapelle. Westlich von Bourlon ist ein englischer Angriff verlustreich gescheitert. Von den anderen Fronten nichts Neues.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 29. Nov. (W.D. Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart: Wien, 29. Nov., mittags:

An der Brenta und auf Monte Tomba wurden italienische Angriffe abge schlagen. Sonst nichts zu melden.

Der Chef des Generalstabes

Die Kriegslage.

W.D. Berlin, 29. Nov. In Flandern lag am 28. November auf dem Abschnitt nördlich Poelcapelle bis Basichendaele ununterbrochen heftiger Beschuss. Von 11 Uhr vormittags richtete sich sehr starkes Feuer auf unsere Linien nördlich Bevelaere bis Straße Ipern—Menn, das sich zu einstufigem Trommelfeuer in Gegend Gheluvvelt steigerte. Feindliche geplante Angriffe kamen in unserem wirkungsvoll zusammengeschlossenen Vernichtungsfeuer nicht zur Entwicklung. Auch nachmittags erhielt der Abschnitt Blankartsee—Zandvoorde bei langdauernden Feuerüberfällen starken Beschuss. Besondere Nachdruck lag auf unseren Stellungen beiderseits Nultsched, wo bei dem morgendlichen Unternehmen bayerischer Stoßtrupps außer der gemeldeten Gefangeneneinbuße der Feind schwere blutige Verluste hatte. 6 Uhr abends wurde hier eine starke feindliche Abteilung, die nach heftiger Artillerievorbereitung vorrückte, im Handgranatenkampf und durch Feuer abgewiesen. Am Abend wurde unsere Stellung zwischen Küste und Neuperkanal bis Southoult-Wald planmäßig mit allen Kalibern beschossen. 6 Uhr 30 abends schwoll das Feuer in Gegend Paschendaele vorübergehend trommelfeuerartig an und erreichte gegen Mitternacht große Heftigkeit.

Südlich der Scarpe wurden bei teils lebhafter Feuer-tätigkeit feindliche Patrouillen abgewiesen. Auf dem Hauptkampffeld westlich Cambrai steigerte sich nach verhältnismäßig ruhiger Nacht am Vormittag des 28. November das feindliche Feuer auf dem Abschnitt von Quent bis Bourlon zu großer Stärke. Feindliche Patrouillen, die gegen Moenvres und Bourlon vorrückten, wurden verjagt. Am Nachmittag schwoll auch bei Fontaine und Crevecoeur das Feuer zeitweise an. Am Abend nahm das feindliche Artillerie- und Minenfeuer vor allem beiderseits der Straße Arras—Cambrai im Abschnitt Bullecourt bis La Folie und zwischen Moenvres und Bourlon zu. Die Stadt Cambrai wurde wiederum vom Feinde beschossen. Abendliche feindliche Ansammlungen bei Graincourt, Anneux und La Bave wurden unter Vernichtungsfeuer genommen.

Westlich und östlich der Maas wurden bei nachmittags auslebendem Artilleriefeuer starke französische Abteilungen unter erheblichen Feindverlusten abgewiesen.

Seite 6.
Feld.
5 farbige
Karten von 1
Ordnung
Mark.
Linie
upplatz
Porto).
isenstr. 24
rkruhe.
ot. Hochbader,
n Wösch, Bäder.
weiter. Vertus
shafen, Taglöh-
eber von Sand.
Therese Walter
meister hier, mit
erendbach. Pfl.
mit Verthe
f, Gemisegärt-
Gürnich. Karl
hier, mit Marie
Deck von Mörsch,
Wolff Ober von
Gernsbach. Karl
it Antonie Wol-
lebig, 80 J. alt.
ffinger, Fabrik-
Bach, Kaufmann.
Christine Schöp-
ger. Margareta
er. Hermann
am, 86 J. alt.
aher, Gemälde-
Louis Schade,
lebig, 82 J. alt.
alt, V. Ludwig
mann, alt 57 J.
43 J. Ehefrau
at, Witwer, alt

h
e!
Wohnung: Wir bitten, deutlich zu schreiben.

Zu Italien brachen erneut italienische Angriffe auf dem Westufer der Brenta und am Monte Tomba unter schweren Verlusten für die Italiener zusammen.

Zusammenkunft der nordischen Könige.

Christiania, 29. Nov. (W.B. Nicht amtlich.) Der König von Schweden und der König von Dänemark trafen in Begleitung ihrer Ministerpräsidenten und Minister des Meeres ein. Zum Empfang war König Galon auf dem Bahnhof erschienen. Die Stadt ist geschmückt. Am Abend fand zu Ehren der Gäste Galatafel statt.

Verlekt.

Rotterdam, 29. Nov. „Maasbode“ meldet: Das norwegische Segelschiff „Goborank“ (2825 BR.) wird seit dem 9. Mai vermißt; der norwegische Dampfer „Thor“ (4739 BR.) auf der Reise von San Franzisko nach Yokohama ist untergegangen. Die Dampfer „Njal“ (2744 BR.) und „Vilena“ (955 BR.) sind im Mittelmeer torpediert worden. Die Dampfer „Galifax“ (1875 BR.) und „Rio de Janeiro“ (3583 BR.) sind verlekt worden.

Rußlands Friedensbereitschaft.

Die Lage in Rußland und die Friedensbestrebungen seiner derzeitigen Regierung stehen augenblicklich im Vordergrund des Interesses. Mit fieberhaftem Interesse werden die Nachrichten verfolgt, die einen baldigen Waffenstillstand als Einleitung zu Friedensverhandlungen erhoffen lassen. Wie an anderer Stelle im Reichstagsbericht mitgeteilt, hat gestern der Reichskanzler zum Funktelegraphen der russischen Regierung an die Völker der kriegführenden Länder eine offizielle Erklärung der deutschen Regierung abgegeben in dem Sinne, daß in den bisher bekannten Vorschlägen der russischen Regierung diskutabile Grundfragen für die Aufnahme von Verhandlungen erblickt werden können und daß er bereit ist, in solche einzutreten, sobald die russische Regierung hierzu bevollmächtigte Vertreter entsendet. Gleichzeitig sprach er die Hoffnung aus, daß diese Bestrebungen bald feste Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden.

Die Völker sind durch die lange Kriegsdauer wohl alle zerschunden; aber man hat jetzt doch das Gefühl, daß die heutige russische Regierung den ehrlichen Willen hat, Schluß zu machen. Daß das deutsche Volk ebenfalls von dem gleichen Willen befeuert ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Bleibt die russische Regierung fest, können die beiderseitigen Bestrebungen schon zu einem Resultate führen. Heute liegen aus Rußland folgende Nachrichten vor:

W.B. Petersburg, 28. Nov. Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Maximalisten berichten, daß sie nach einem viertägigen Kampfe Tashkent erobert haben. General Korowitschenko wurde verhaftet. Trotzky hat den Ministergehilfen und 30 Beamte des Ministeriums des Auswärtigen entlassen, die sich weigerten, sich maximalistischen Kommissaren unterzuordnen. Sie erhalten keine Pension.

Der spanische Geschäftsträger hat an Trotzky geschrieben, daß er Trotskys Note seiner Regierung übermittelt habe. Der Geschäftsträger fügte hinzu, er wolle alles tun, um zu einem Friedensschluß, nach dem die ganze Menschheit so sehr verlange, beizutragen.

Eine Aeußerung des „Temps“.

Genf, 29. Nov. Zu den Friedensangeboten der Maximalisten schreibt der „Temps“: Die nächste Zukunft ist sehr düster und wir haben nicht das Recht, das zu verkennen, wir haben aber auch nicht das Recht zu verzweifeln. Angesichts derartiger Ereignisse wäre die folgenschwerste Entscheidung diejenige, nichts zu tun. Wir müssen alles vermeiden, um unsere Aussichten, so gerechtlich und so fern sie auch erscheinen mögen, zu verbessern. Niemand kann die Gegenströmungen voraussehen, die kommen werden, und diejenigen würden bei der nächsten Ernte gewiß leer ausgehen, die es versäumt hätten, im heutigen Sturm zu sein.

Die Stellungnahme der Schweiz.

W.B. Bern, 29. Nov. Schweizerische Depeschen-Agentur. Der Bundesrat teilt mit: Der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten der maximalistischen Regierung in Petersburg, Trotzky, überreichte den Vertretern der sechs neutralen europäischen Staaten in Petersburg eine Note, wodurch er Kenntnis von den Vorschlägen gibt, die den Boten der Entente bezüglich des Friedens und Waffenstillstandes gemacht wurden. In der Note verlangt Trotzky die amtliche Uebersmittlung der Vorschläge an die Regierungen der Zentralmächte. Der schweizerische Gesandte in Petersburg befragte nach Verständigung mit den übrigen dortigen neutralen Gesandten Trotzky den Empfang der Note. Der Bundesrat nahm heute von diesen Mitteilungen Kenntnis und beschloß, bei seiner Gesandtschaft noch genauere Erkundigungen einzuziehen und Mitteilungen und Vorschläge zu verlangen, die den Boten der Entente in Petersburg gemacht worden sind. Demgemäß hielt sich der Bundesrat seine Entscheidung vor.

Die Schweiz vertritt keine fremden Interessen in Rußland und ist von Rußland nie um die Vertretung seiner Interessen in den kriegführenden Ländern angegangen worden.

Ausland.

Eine Wahlniederlage der Schweizer Zimmerwalder.

J.N. Die Stichwahlen in Bern-Land sind jetzt zu Ungunsten der Sozialdemokratie entschieden, nachdem der erste Wahlgang ihnen durchaus günstige Aussichten zu geben schien. Aber die Nationalratswahlen sind noch immer nicht vollständig erledigt. In Winterthur steht das bekannte Parteivorstandsmittglied Dr. Studer noch in der Stichwahl; sollte er unterliegen, würde die Sozialdemokratie nicht einmal in ihrer alten Stärke von 17 Mandaten im Nationalrat wieder erscheinen.

Der Achtstundentag für die Rüstungsindustrie — eine Kriegsnotwendigkeit.

Berlin, 28. Nov. 1917.

Aus dem Bezirk der Süddeutschen Rüstungsindustrie wird uns geschrieben:

Von einem Werkmeister aus der Rüstungsindustrie wurde uns dieser Tage von einem „interessanten Experiment“ erzählt. Danach war in einer Betriebsabteilung des Werkes aus irgend einem hier nebenstehenden Grund die Arbeitszeit auf 7 1/2 Stunden pro Tag herabgesetzt worden. Trotz der starken Arbeitsverfälschung wurde genau dieselbe Menge Arbeitsprodukte hergestellt als in der vorher bedeutend längeren Arbeitszeit. Ob eine Ausnutzung aus der Feststellung gezogen wird, wußte der Herr nicht zu sagen.

Uns hat die Mitteilung nicht überrascht, denn schon seit vielen Jahren wurden die von gewerkschaftlicher Seite aufgestellten Behauptungen, daß in achtstündiger Arbeitszeit daselbst geleistet werden könne als in 9 und 10 Stunden, mit Beweisen aus der Praxis belegt und zum erstenmal im Jahre 1900 von Professor Abbe in Jena wissenschaftlich untersucht und begründet. Die Abbeschen Untersuchungen stützten sich auf Beobachtungen und Erfahrungen, die in jenem Betrieb, den optischen Werkstätten von Carl Zeiss in Jena, im Laufe eines Jahres mit dem Achtstundentag gegenüber dem Neunstundentag gemacht worden sind. Einwandfrei wurde festgestellt, daß in achtstündiger Arbeitszeit genau dieselbe Tagesleistung — in Berücksichtigung noch einer Kleinigkeit mehr — erreicht wurde, wie in der früheren neunstündigen Arbeitszeit.

Nach Abbe liegt dieser Erscheinung ein bestimmtes physiologisches Gesetz zugrunde, das darin besteht, daß bei industrieller Teilarbeit der tägliche Verbrauch menschlicher Arbeitskraft sich auf ein bestimmtes Zeitmaß zusammenzwingen läßt. Ob diese Grenze bei achtstündiger Arbeitszeit schon erreicht sei, müsse noch erforscht werden, jedenfalls sei sie noch nicht überschritten. Gesundheitliche Nachteile für die Arbeiter seien nicht nur nicht beobachtet worden, sondern das Gegenteil. Die Arbeiter waren täglich eine Stunde weniger den gesundheitschädlichen Einwirkungen der Fabrik ausgesetzt und hatten eine Stunde mehr zur Erholung und Erfrischung ihrer Körperkräfte zur Verfügung.

Zu diesen unter dem Gesichtswinkel der Menschenökonomie zu bewertenden erfreulichen Erscheinungen treten aber auch noch gar nicht so unbedeutende Vorteile für den Unternehmer: Er spart an Licht, Antriebskraft, Heizung und Maschinenverschleiß — Vorteile, die gerade jetzt in der Zeit des Rohmaterialmangels eine außerordentlich große Rolle in der Kriegswirtschaft spielen.

Für die gesamte Rüstungsindustrie mit ihrer jetzt besonders bis ins Kleinste ausgebauten Teilarbeit sind die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg des Achtstundentags ohne weiteres gegeben. Das Kriegsamt hätte die Möglichkeit, die für die Arbeiter segensreiche, für die Unternehmer wirtschaftlich vorteilhaftere achtstündige Arbeitszeit einfach vorzuschreiben. Nur völlige Unkenntnis macht es erklärlich, daß man diesen Weg noch nicht beschritten hat. Daß man noch nicht einmal das Problem erfaßt hat, geht schon daraus hervor, daß in der Rüstungsindustrie noch Arbeitszeiten bis zu 12 Stunden täglich als dauernde Einrichtung üblich sind.

Professor Abbe gibt zwar zu, daß eine vorübergehende, über 8 Stunden hinausgehende Heberarbeit die Tagesleistung erhöht, aber sehr bald geht die Leistung auf die normale Tagesleistung zurück. Die Erhöhung der normalen Tagesleistung kann nur auf Kosten der Körperkräfte, die um so sicherer eintreten muß, je mehr es an der Mächtigkeit fehlt, dem Uebel mit gesteigerter und besserer Nahrungszufuhr zu begegnen. Man frage die Ärzte, wie weit wir mit diesem Raubbau der Arbeitskraft schon gekommen sind! Keine Kriegsnotwendigkeit kann das entschuldigen — genau das Gegenteil verlangen Vernunft, Erfahrung und Wissenschaft.

Deutsches Reich.

Sachsen bleibt reaktionär.

W.B. Dresden, 28. Nov. (Nicht amtlich.) Im Laufe der Staatsdebatte in der 2. Kammer erklärte Staatsminister Graf Bismarck von Cöslitz, daß die Regierung eine Vorlage über die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts nicht bringen würde, war schon daraus zu entnehmen, daß die Mehrheit des Hauses einem solchen Antrag ablehnend gegenüberstand. Ein Wahlrecht, das ausschließlich den breiten Massen die Entscheidung im Staate überlassen würde und andere Schichten diesen Massen ausliefern würde, wäre ein unbilliges und ungerechtes Wahlrecht. Ueber die auswärtige Politik bemerkte der Minister: Wir stehen durchaus auf dem Standpunkte, daß wir zu einer Verständigung mit unseren Gegnern bereit sind, aber die Reichstagsbeschlüsse werden uns nicht abhalten, dem Gegner, der eine Verständigung ablehnt, die Folgen seines Unsinns in seiner ganzen Schwere aufzuerlegen. Wir brauchen nicht zu befürchten, daß wir mit unseren württembergischen Nachbarn in absehbarer Zeit nicht zu einer Verständigung gelangen könnten. Wir haben keinen Grund, die Herzen zu versteinern. Unsere Lage ist auf allen Fronten ausgezeichnet, und wir dürfen der Obersten Seeresleitung das Vertrauen entgegenbringen, daß sie die weitere Entwicklung der militärischen Ereignisse voll ausnützen wird.

Friedensfundgebungen.

In Guben fand am Montagabend eine von über 900 Personen besuchte Versammlung statt, in der Reichstagsabg. Genosse Müller unter lebhaftem Beifall über „Sozialdemokratie, Frieden und Freiheit“ sprach. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die für einen Verständigungsfrieden und gegen das Treiben der Vaterlandspartei Stellung nimmt, und in der zum Schluß gegen die weitere Verschleppung der preussischen Wahlreform protestiert und die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts unter gleichzeitiger Neuerteilung der Wahlkreise gefordert wird.

Zu einer imposanten Demonstration für einen Frieden der Verständigung gestaltete sich die für Sonntag, 25. Nov., gemeinsam von der Sozialdemokratie und den Fortschrittlichen Düsseldorfern einberufene Volksversammlung. Saal, Galerien und Bühne des über 3000 Personen fassenden Ver-

sammlungsraumes der städtischen Tonhalle waren dicht besetzt. Die „Unabhängigen“ hatten in ihrem Organ ihre Anhänger aufgefordert, die Versammlung nicht zu besuchen. Auch das Zentrum, das in Düsseldorf unter dem Einfluß des alldeutschen angehängten Landtagsabg. Dr. Brodmann steht, hatte es abgelehnt, an der Kundgebung für die Politik der Mehrheitsparteien des Reichstags teilzunehmen. Die Düsseldorfener Bevölkerung hat aber durch den Massenbesuch der Friedenskundgebung gezeigt, daß sie mit ihren Sympathien auf Seiten der Parteien steht, die unablässig für die baldige Herbeiführung eines Verständigungsfriedens eintreten.

Ueber das Thema des Tages: „Politik der Mehrheitsparteien des Reichstags und die Vaterlandspartei“ sprachen der Reichstagsabg. Gen. Heinrich Schulz für die Sozialdemokratie und der Abg. Hoff-Niel für die Fortschrittler. Häufige Zustimmungsfundgebungen und wiederholter stürmischer Beifall bekräftigten das Einverständnis der Versammelten mit den Ausführungen der Redner, die in den Forderungen nach einer möglichst baldigen Verständigung der jetzt kriegführenden und nach sofortiger Demokratisierung unserer Staatseinrichtungen gipfelten. Außerordentlich stark und häufig waren die Zustimmungsfundgebungen der Versammelten, als die Redner mit den Alldeutschen, deren Politik ganz allein dem deutschen Volke einen Hungerfrieden bringe, abrechneten. — Einstimmig gelangte schließlich eine Resolution zur Annahme, in der die auswärtige Politik der Mehrheitsparteien des Reichstags gebilligt, die Friedensbemühungen der russischen Revolutionsregierung begrüßt und erwartet wird, daß das Verhalten der Mittelmächte ihnen gegenüber einen weiteren und entscheidenden Schritt auf dem Wege zum allgemeinen Völkerfrieden bedeutet. Weiter wendet sich die Resolution gegen die Bestrebungen der Vaterlandspartei und fordert den schleunigen Ausbau des deutschen Obrigkeitsstaates zum Volksstaat, insbesondere das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Bundesstaaten.

Mit Vorträgen, Resolutionen und Erklärungen, die die Bereitschaft zum Frieden enthalten, muß unbedingt Schluß gemacht werden.

Dieser Auffassung ist das stellvertretende Generalkommando des 7. Armeekorps in Münster. Eine entsprechende Weisung hat es unter dem 1. August ds. J. an die Gemeindevorstellungen im Bereich des ganzen Korps erlassen. Des weiteren ordnet das Generalkommando Versammlungen an, die die Gemeindevorstellungen zu veranlassen haben. Zu diesen Versammlungen soll Auffklärung gegeben und Stimmung gemacht werden für die Fortsetzung des Krieges bis zum Siege. Diese Arbeit soll systematisch betrieben werden. Alle Bevölkerungsschichten, auch Frauen und ernaehere Kinder, sollen zu den Vorträgen herangezogen werden, die als vaterländische Kundgebungen mit Musikvorträgen gedacht sind. Die Beeinflussung soll andauernd und wirksam sein. Eine Rednerliste auch Material zu Lichtbildern und Filmvorträgen werden vom Generalkommando zur Verfügung gestellt. Wenn es den Gemeindevorstellungen auch schwer fällt, sie müssen es wagen. Das im alldeutschen Stile gehaltene Dokument bringt auch den Satz:

Es muß darauf hingewiesen werden, wie nunmehr, nachdem auch das deutsche Volk im Reichstags in seiner parlamentarischen Mehrheit die Bereitschaft zu einem Verständigungsfrieden vor aller Welt erklärt hat, unbedingt damit Schluß gemacht werden muß, immer noch in Vorträgen, Resolutionen oder sonstigen Erklärungen, die bei den Feinden längst bekannte Friedensbereitschaft weiter zu betonen.

Den Gemeinden, die doch wahrlich genug zu tun haben, wird eine recht sonderbare Aufgabe zugemutet. Wir glauben, die Gemeindevorstellungen haben wichtigeres zu tun, als musikalische Versammlungen zum Zweck der Stimmungsmache zu arrangieren. Das Dokument ahmet der Geist der Vaterlandspartei, auf dessen Bureau es genau so entstanden sein konnte wie auf dem Generalkommando in Münster. Man erinnert sich, daß gerade um die Zeit, als das Schriftstück an die Gemeindevorstellungen ergangen ist, den Versammlungen, die den Friedensbestrebungen dienen oder zum Protest gegen die Annexionsforderungen der Vaterlandspartei veranstaltet wurden, gerade im 7. Korpsbezirk besondere Schwierigkeiten bereitet wurden. Jetzt kann man schlußfolgern, weshalb das geschah.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

Erste öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 29. November 1917.

Präsident Hohorst eröffnete kurz nach 10 Uhr die Sitzung. Die Regierungssitze sind leer. Der Präsident begrüßt die Abgeordneten. Vor allem die im Saal stehenden Mitglieder und führt weiter ungefähr folgendes aus: Zum viertenmal schon tagen wir unter den blutigen Zeiten des Völkerragens, wie es gewaltiger und grauenerregender die Geschichte der Menschheit noch nicht gesehen hat. Den alten Feinden haben sich neue zugesellt und es fehlt nicht an dem ernsthaften Bestreben, auch die wenigen Neutralen in den Krieg zu ziehen. Der Friedenswille des Volkes, ehrlich und maßvoll und unbezweifelnd durch die Angriffe, die gegen den Reichstag gerichtet worden sind, hat bei unseren Gegnern kein Verständnis und kein Entgegenkommen gefunden und wurde als Zeichen der Schwäche und des Zusammenbruchs unserer militärischen und wirtschaftlichen Kraft gedeutet. Das hochherzige und menschenfreundliche Bemühen des Papstes, dem Krieg ein Ende zu machen und die Völker zur Verständigung zu führen, blieb bei den Gegnern ungehört, trotzdem alle Hoffnungen und Erwartungen unserer Gegner im Jahre 1917 ihr Kriegsglück wenden zu können, hinfällig geworden sind. Das deutsche Volk ist nicht müde und das deutsche Schwert ist nicht stumpf. Unter der Leitung seiner genialen, tatkräftigen Führer Hindenburg und Ludendorff haben unsere heldischen Truppen auf Frankreichs und Flanderns Schlachtfeldern seit Wochen und Monaten in jäher Ausdauer standgehalten und dem vielfachen Sturm der Feinde Trotz geboten. Unser Herz schlägt ihnen, diesen Feinden, mit herzlichem Dank entgegen. Und wie auf dem Lande, so über auch auf dem Meere unsere Soldaten eine bewundernswürdige Tapferkeit, vor allem die Soldaten der U-Boote, die den Lebensnerve eines unserer Hauptfeinde bedrohen. Und täuschen nicht alle Fe-

sen, so lauern sich die bisher festgefügte Meinen unserer Gegner und derjenige, auf den unsere Feinde die allergrößte Hoffnung gesetzt haben, ist zusammengebrochen.

Mit berechtigtem Stolz blicken wir auf die wunderbaren Leistungen des deutschen Volkes in diesen Kriegsjahren, brauchen auf den Schlachtfeldern und dahem zu Hause. Gewiß, ernst sind die Zeiten und schwer ist der Druck, der auf uns allen lastet, aber biegen und brechen lassen wir uns nicht. (Bravo!) Deutsche Tapferkeit und deutscher Heldennut werden das Ziel erringen: einen ehrenvollen Frieden. Wir alle ersehnen heiß und innig diesen Frieden, aber eines möchte ich sagen, nur nicht mehr so viel reden dürfen wir von diesem Friedenswillen. Zu viel reden, entsagt dem inneren Frieden, dessen unser Volk so dringend bedarf.

Recht kam nicht die Frage, was gewinnen wir durch den Krieg, die wichtigste sein, sondern diejenige, wie gewinnen wir diesen Krieg, der unser Land bedroht. Und deshalb wollen wir für den Frieden kämpfen, aber nicht in erbitterter Feindschaft gegen die Meinungen anderer.

Mit dem Gedanken der Entschlossenheit wollen wir die Arbeiten hier aufnehmen. Größer denn jemals ist die Verantwortung, die auf einer höheren Warte stehen, und die berufen sind, Berater und Führer des Volkes zu sein. Wir wollen mithelfen, die Noth der Zeit zu lindern und der neuen Zeit die Wege zu bahnen. Möge unsere Arbeit im Geiste des Sicherstehens unserem Lande zum Segen gereichen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Nothdurft teilte im folgenden eine sehr große Reihe eingegangener Interpellationen und Anträge mit.

Das Haus schritt sodann zur Wahl des Präsidenten. Abg. Reimann (Nat.) gab bekannt, daß die Parteien übereingekommen seien, das Amt des Präsidenten einem Zentrumsabgeordneten, das Amt des 2. Präsidenten einem nationalliberalen Abgeordneten und das des dritten Präsidenten einem sozialdemokratischen Abgeordneten zu übertragen. (Das Haus ist damit einverstanden.)

Durch Zuruf werden gewählt: Dr. Zehnter (Zentr.) zum Präsidenten, Nothdurft (Nat.) zum 1. Vizepräsidenten, Geiß (Soz.) zum 2. Vizepräsidenten. Zu Sekretären werden bestimmt: Müller-Weinheim (Nat.), 1. Stellvertreter (Zentr.), Stöckinger (Soz.) und Odenwald (F. V.). Abg. Kayf (Zentr.) teilt mit, daß sich Abg. Zehnter in Berlin bei den Reichstagsverhandlungen befinde, er habe aber telegraphisch mitgeteilt, daß er die Wahl zum Präsidenten annehme.

Das Haus nimmt die Bildung der Kommissionen vor. Die Ausschüsse für den Haushaltsplan, für Straßen und Eisenbahnen, für Justiz und Verwaltung und für Petitionen werden in der bisherigen Zusammensetzung gebildet. Neu gebildet wird ein Ausschuss für Schulwesen. Ihm gehören an: Die Abgg. Nothdurft, Reimann, Koch, Herffter und Schön von den Nationalliberalen, Abbg. Kropf, Nöckel, Wiedemann und Weißhaupt vom Zentrum, Abgg. Kramer von der Sozialdemokratie, Müller von der fortschrittlichen Volkspartei und Schöppin von der N. V.

Der Staatsvoranschlag für die Jahre 1918/19.

Finanzminister Dr. Rheinboldt, der inzwischen im Hause erschienen ist, legt den Staatsvoranschlag für die Jahre 1918/19 vor. Der ordentliche Etat der allgem. Staatsverwaltung für den Haushaltszeitraum 1918/19 schließt in der Einnahme mit jährlich 118 890 190 M., in der Ausgabe mit jährlich 113 642 968 M., mithin mit einem Einnahmehüberschuß von jährlich 4 737 227 M. oder für die beiden Jahre des Haushaltszeitraums mit einem solchen von 9 474 454 M. ab. Nach dem Voranschlag für die Jahre 1916/17 hatte sich im ordentlichen Etat ein Ueberschuß der Ausgaben über die Einnahmen von jährlich 3 711 280 M. oder für die beiden Jahre von 7 422 560 M. ergeben, der sich aber durch die im Finanzgesetz vorgesehene Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer mit einem für beide Jahre auf 8 200 000 M. berechneten Ertrag in einen Einnahmehüberschuß von 777 440 M. verwandelt hat. Der Abschluß des ordentlichen Etats für die beiden Jahre 1918/19 mit einem Einnahmehüberschuß von 9 474 454 M. ist also gegenüber dem Abschluß für die Jahre 1916/17 mit einem Einnahmehüberschuß von 777 440 M. günstiger um 8 697 014 M. Eine bedeutende Mindereinnahme von jährlich 407 500 M. ist bei dem Anteil Badens an dem Ertrag der preussisch-süddeutschen Klassensteuer zu verzeichnen, weil dieser Anteil seit 1. Juli 1917 nach der Abgabe der abgesetzten Lohne berechnet wird, während bis dahin ein Zuschlagbetrag (jährlich 690 000 M.) vergütet wurde.

Die Einnahmen im ordentlichen Etat sind im ganzen veranschlagt auf jährlich 118 890 190 M. gegen jährlich 108 634 060 M., also um rund 9 v. H. höher. Die Ausgaben im ordentlichen Etat belaufen sich im ganzen auf jährlich 113 642 968 M. gegen 108 245 940 M. für 1916/17, sie sind also um rund 5 v. H. höher. Der außerordentliche Etat der allgem. Staatsverwaltung schließt ab in der Ausgabe mit 20 961 680 M., in der Einnahme mit 685 000 M., also mit einer Mehrausgabe von 19 976 680 M. In größeren Anforderungen sind hierbei zu erwähnen: Anherbeibringung des Reichs, Zivilliste 600 000 M., Beteiligung des Staates am badischen Verbund 100 000 M., erste Rate des Staatsbeitrags für Mittelständische 400 000 M., Zuschlag zum Unterhaltungsaufwand für die Landstraßen zum Zwecke der Instandsetzung für den regelmäßigen Kraftwagenverkehr 1 Million, Beitrag der Domänenverwaltung zu den Kosten des Gelände-Erwerbs für den Bahnbau Elzisee-St. Maßen 185 000 M., Kosten der erstmaligen Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer und der Veranlagung und Erhebung der Kriegsteuer 125 000 M., für außerordentliche Zuwendungen an Beamte, Bedienstete und Lehrer aus Anlaß des Krieges 18 Millionen.

Wie ausgeführt, verbleibt nach Abzug der außerordentlichen Einnahme mit 685 000 M. eine Mehrausgabe von 19 976 680 M. Dazu kommt noch die aus dem Haushaltszeitraum 1914/15 und 1916/17 aufrecht zu erhaltenden Kredite und Kreditreste mit 6 882 500 M., sodann sich für die gesamten außerordentlichen Ausgaben die Summe von 25 359 180 M. ergibt. Als Deckungsmittel für den Ueberschuß des ordentlichen Etats mit 9 474 454 M. vorhanden, jedoch ein Restbetrag von 15 884 726 M. verbleibt, der durch Anleiheaufnahme gedeckt werden muß.

Nach dem Voranschlag der Eisenbahnbetriebsverwaltung schließt die Einnahme mit jährlich 140 662 600 M., die Ausgabe mit 130 757 900 M. ab, sodann nur ein Einnahmehüberschuß von jährlich 9 904 700 M. verbleibt, der außerordentlich niedriger ist und der niedriger, als die Eisenbahnverwaltung jemals erwirtschaftet hat. Der Aufwand der Eisenbahnverwaltung ist mit rund 40 Millionen dotiert und beträgt mit den aufrechtzuerhaltenden Krediten und Kreditresten 71 877 247 M.

Der Voranschlag des Bergwerks enthält diesmal Anforderungen nicht nur für den Bau, sondern auch für den Betrieb, mit dessen Eröffnung im Frühjahr des nächsten Jahres gerechnet

wird. Die sich ausgleichenden Betriebsausgaben und Betriebseinnahmen sind aufs Jahr berechnet zu 1 650 500 M. veranschlagt, für den Bau des Bergwerks, für den bis jetzt 14 690 000 M. angefordert worden waren, darunter im Voranschlag für 1916/17 als letzte Teilforderung 2 690 000 M., ist eine durch die Kriegsverhältnisse nötig gewordene Nachtragsforderung von rund 8 200 000 M. eingestellt. Die Mittel hierfür sind nach dem Bergwerksgehalte im Wege des Anleiheens aufzubringen.

Weiter ist aus dem Staatsvoranschlag bemerkenswert, daß im Bereich der allgem. Staatsverwaltung angefordert sind: an etatmäßigen Beamtenstellen 553 mehr, an etatmäßigen Volksschullehrerstellen 107 mehr, zusammen 660 mehr; dagegen fallen an nicht etatmäßigen Beamtenstellen 498 weg.

Der Finanzminister kam in seinen weiteren Ausführungen auch auf die Stellung des Reiches zu den bundesstaatlichen Finanzen zu sprechen. Er führte dabei aus, daß eine starke Beeinflussung der bundesstaatlichen Steuern durch das Reich bei den großen Anforderungen, die an das Reich gestellt werden, nicht zu vermeiden sein würde. Wir werden uns darauf vorbereiten müssen, daß wir zu einem Teil der uns jetzt noch zur Verfügung stehenden Einnahmen zugunsten des Reiches werden verzichten müssen. Wir

müssen uns eben der harten Notwendigkeit fügen. Mit allen unseren Steuermitteln müssen wir dazu beitragen, das Reich finanziell zu sichern und ihm die Tilgung und Verzinsung der Kriegsschuld zu ermöglichen.

Der Finanzminister behandelte sodann im weiteren Einzelnen, wie die Bundesstaaten dem Reich beistimmen können. Die volle Erfassung der direkten Steuern ist nicht möglich, ebenso kann man von einer Monopolisierung nicht alles Heil erwarten. Die Aufgaben, die ungeheure Kriegsschuld zu tilgen, sind außerordentlich schwer. Aber selbst wenn wir von unseren Feinden keinen finanziellen Ausgleich erhalten sollten, so bin ich der Ueberzeugung, und habe das Vertrauen zu der Kraft unseres Volkes, daß wir auch diese schwere Last tragen und abtragen können. Der feste Beweis dafür ist das Ergebnis der Kriegsanleihen. Baden hat für alle sieben Kriegsanleihen 2 1/2 Milliarden aufgebracht.

Die Ausführungen des Ministers wurden mit Beifall aufgenommen.

Vizepräsident Nothdurft teilt mit, daß nun zunächst die Kommissionen zusammentreten werden. Die nächste Sitzung ist noch unbestimmt. Schluß der Sitzung nach 12 Uhr.

Des Reichskanzlers Antrittsrede.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 29. November.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 3,15 Uhr.

Am Bundeskanzler: Reichskanzler Dr. Graf Hertling, Koedern, v. Capelle, Freiherr v. Stein, Dr. v. Krause, Dr. Drews, v. Waldow, v. Breitenbach, Dr. Solf, Dr. Friedberg, Dr. v. Eisenhart-Rothe, Dr. Schow, Dr. Schiffer, Waderzapp, Dr. Havenstein, Graf von Lerchenfeld von Varnbühler.

Die Tribünen sind schon vor Beginn der Sitzung überfüllt. In der Hofloge befindet sich Großherzog Johann Albrecht von Mecklenburg.

Das Andenken der seit der letzten Sitzung verstorbenen Abgeordneten wird durch Erheben von den Sitzen gelehrt.

Präsident Dr. Kaempf

gedenkt der großen Erfolge unserer Truppen auf den Inseln des Ägäischen Meerbusen und in Italien, sowie des ungeheuren Widerstandes an der ganzen Westfront. (Bravo!) Hiermit weist er auf das ganze Volk in der Heimat. Der Erfolg der sieben Kriegsanleihen beweist dies. Von dem bisherigen Reichskanzler Dr. Michaelis scheidet wir mit dem Ausdruck des Dankes für die hohen Eigenschaften, die er während seiner ganzen Laufbahn dem Vaterland gewidmet hat. (Beifall.) Möge die Tätigkeit des Grafen Hertling geeignet sein für das Vaterland.

Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Beratung ist der Gesetzentwurf betr. Festlegung des Nachtrags zum Reichshaushaltetat für das Rechnungsjahr 1917 (Kreditvorlage von 11 Milliarden Mark).

Reichskanzler Graf von Hertling ergreift das Wort:

Graf von Hertling führte sich in einer von häufigem Beifall begleiteten längeren Programmrede ein, in der er auf alle schwebenden Probleme der inneren und äußeren Lage einging. Nach einigen persönlichen Bemerkungen und einer Darstellung der Kriegslage sprach Graf Hertling unter lebhafter Zustimmung der großen Mehrheit des Hauses über die innere Politik im Reich, wobei er auf die Einbringung der Wahlrechtsvorlage in Preußen, auf die neuen die sozialpolitische Gesetzgebung Deutschlands ausbauenden Maßnahmen der Regierung hinwies und sich für die Handlung einer im Gegensatz zu dem Standpunkte der Entente liberalen Auffassung des Rechtes der freien Meinungsäußerung bekannte.

Nach einem ergreifenden Appell zur Einigkeit auf der inneren Front führte Graf Hertling über die allgemeine politische Weltlage etwa folgendes aus:

Von meinen hochverehrten Herren Amtsvorgängern habe ich ein kostbares Erbe übernommen: Die Pflichten unserer Freundschaftsverhältnisse zu Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien. Unsere Bündnisse mit diesen drei Staaten sind zu verschiedenen Zeiten geschlossen worden, gemeinsam aber ist ihnen das Ziel: Die Verwirklichung der nationalen Ideale, die Sicherung des territorialen Besitzstandes und die Abwehr feindlicher Angriffe. Der überragende Wert dieser Ziele hat unsere Entschlossenheit gestählt in dem langen blutigen Ringen und wird sie uns erhalten bis zum Ende des Kampfes. Unsere treuen Verbündeten, mit denen die Verteidigung der heiligsten Güter uns zusammengeführt hat, mit denen vereint auf den Schlachtfeldern und in der Heimat Taten von unvergleichlicher Größe ausgeführt worden sind, gilt mein Dank und meine Bewunderung.

Nun bin ich in der Lage, dem Reichstage eine wichtige Neuigkeit mitzuteilen. (Lebhafte Bewegung.)

Die russische Regierung hat gestern von Jaroski Selo aus ein von dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Herrn Trocki und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommisfäre Herrn Lenin unterzeichnetes Funkentelegramm an die Regierungen und die Völker der kriegsführenden Länder gerichtet, worin sie vorschlägt, zu einem nahen Termin in Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten. (Beifall.) Meine Herren! Ich sehe nicht an, zu erklären, daß in den bisher bekannten Vorschlägen der russischen Regierung biswahr Grundlagen für die Aufnahme von Verhandlungen erblidt werden können und daß ich bereit bin, in solche einzutreten, sobald die russische Regierung hierzu bevollmächtigte Vertreter entsendet. (Lebhafte Beifall.) Ich hoffe und wünsche, daß diese Bestrebungen bald feste Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden. Mit aufrichtiger Teilnahme verfolgen wir die weiteren Entwicklungen des schwergeprüften russischen Volkes. Möchte ihm bald die Wiederkehr geordneter Verhältnisse beschieden sein. Wir wünschen nichts mehr, als zu den alten nachbarlichen Beziehungen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiete, zurückkehren zu können. (Bravo!)

Was die ehemals dem Szepter des Zaren unterworfenen Länder Polen, Litauen und Kurland betrifft, so achten wir das Selbstbestimmungsrecht der Völker. (Lebhafte Beifall.) Wir erwarten, daß sie sich selbst diejenige staatliche Gestaltung geben werden, welche ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht. Uebrigens sind die Dinge hier noch völlig in

der Schwebe. Nachrichten, welche vor einiger Zeit durch die Presse gingen, als ob in einem Punkte eine feste Abmachung getroffen sei, sind den Tatsachen vorangeht.

Anders ist unsere Lage gegenüber Italien, Frankreich und England, seitdem wir und unsere Verbündeten uns in der Antwort auf den Friedensappell des Papstes auf den Boden der päpstlichen Note vom 1. August d. J. gestellt haben, die freilich dem wahren Geiste, das es gelte, den den Frieden der Völker bedrohenden deutschen Militarismus zu vernichten, wieder Boden entzogen. (Sehr richtig!) Umgekehrt hat sich herausgestellt, wo in Wahrheit friedemordender Militarismus zu suchen ist. (Sehr richtig!) In seiner Rede vom 28. Oktober d. J. hat der italienische Minister Sonnino den Gedanken einer allgemeinen Abrüstung ausdrücklich abgelehnt. (Hört, hört!) Der Grund hierfür ist bezeichnend genug: Man könne die stehenden Heere nicht entbehren mit Rücksicht auf die inneren Gefahren. Und Herr Clemenceau ging in seinem Zynismus so weit, von der friedlichen Völkergemeinschaft der Zukunft, wo das Recht an die Stelle der Waffengewalt treten sollte, ausdrücklich Deutschland und Oesterreich-Ungarn auszuschließen. Lloyd George endlich erklärte klipp und klar als Zweck des Krieges die Vernichtung des deutschen Handels. Der Krieg müsse fortgesetzt werden, bis dieses Ziel erreicht sei. Wo in Wahrheit die uns fasslich zugegebene Eroberungssucht zu suchen ist, das wird jetzt durch die seitens der russischen Regierung begonnene Veröffentlichung der feinerzeit abgeschlossenen Geheimverträge vor aller Welt ins helle Licht gesetzt. (Lebhafte Zustimmung.)

Unser Kriegsziel

war vom ersten Tage an die Verteidigung des Vaterlandes, die Unverletzlichkeit seines Gebietes, die Freiheit und Unabhängigkeit seines wirtschaftlichen Lebens. Darum konnten wir den Friedensruf des Papstes freudig begrüßen. Der Geist, aus dem die Antwort auf die Papstnote hervorgegangen ist, ist auch heute noch lebendig, aber — das mögen sich die Feinde gesagt sein lassen — (lebhaft Zustimmung), diese Antwort bedeutet keinen Freibrief für die freventliche Verlängerung des Krieges. (Stürmischer Beifall.) Für die Fortsetzung des entsetzlichen Mordens und der Verletzung unersehbarer Kulturwerte, für das wahnwitzige Selbstzerfleischen Europas haben die Feinde allein die Verantwortung, und sie werden auch die Folgen zu tragen haben. Möge sich das insbesondere Herr Sonnino gesagt sein lassen. Hätten die italienischen Machthaber, die die unglückliche Bevölkerung des schönen und uns durch tausendfache Erinnerungen verbundenen Landes in den Krieg gerieben haben, die ausgedehnte Friedenshand des Papstes ergriffen, die furchtbare Niederlage seines Heeres mit allen sich daran knüpfenden Folgen wäre nicht gekommen. Wädhien sich das keine Freunde zur Warnung dienen lassen, damit sie endlich der Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit Gehör geben. (Beifall.) Der Reichskanzler schloß mit den Worten: Für uns kann die Parole nur lauten:

Abwarten, Ausharren, Durchhalten!

Wir vertrauen auf Gott und unsere gerechte Sache. Wir vertrauen auf unsere großen Heerführer, deren Namen, wo sie genannt werden, einen Sturm der Begeisterung entfachen. Wir vertrauen auf unsere Kämpfer zu Lande, zu Wasser und in der Luft, auf unsere tapfere Schutztruppe in Ostafrika (lebhafter Beifall) und wir vertrauen auf den Geist und die sittliche Kraft unseres Volkes in der Heimat. Meer und Himmel in einträchtigen Zusammenstreben werden den Sieg erringen. Dazu wollen auch Sie, meine Herren, zu Ihrem Teile beitragen, und darum bitte ich Sie nochmals um Ihre vertrauensvolle Mitarbeit. (Lebhafte, wiederholte Beifall und Händelatschen.)

Abg. Trimbom (Zentr.): Namens der Zentrumsfraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben: Dem Dank und Gruß an unsere Heeresfronten schließen wir uns an. Unsere militärischen Erfolge beweisen, daß unser Friedenswille kein Ausdruck der Schwäche ist, sondern dem aufrichtigen Wunsch entspricht, dem schrecklichen Untergang ein Ende zu machen. Wir erstreben einen Frieden der Verständigung, der unserem Vaterland die Unversehrtheit und Sicherheit seiner Grenzen bietet und freie Entwicklungsmöglichkeiten, insbesondere auch auf wirtschaftlichem Gebiete, bringen soll. Die Ausführungen des Reichskanzlers über unser Verhältnis zu Russland haben unseren vollen und freudigen Beifall gefunden. Das deutsche Volk wünscht wirklich aufrichtig bessere politische und wirtschaftliche Beziehungen zum neuen Russland. (Zustimmung.) Die Wahlrechtsvorlage in Preußen bewegt sich in der Richtung unserer Wünsche. Wir erwarten, daß die preussische Regierung alles daran setzen wird, auf Grundlage der königlichen Fugage eine freierwilligere Gestaltung des Wahlrechts im Einvernehmen mit den gesetzgebenden Faktoren in Preußen zu erzielen. Für eine Aufhebung der das Koalitionsrecht hindernenden Bestimmungen sind wir stets eingetreten und begrüßen es, daß die nötigen Änderungen endlich vorgenommen werden sollen. Einig und vorbehaltlos bewilligen wir den neuen Kriegskredit und zweifeln nicht daran, daß auch die nächste Kriegsanleihe hinter den Ergebnissen der früheren Kriegsanleihen nicht zurückbleiben wird. Jede Rechnung des Auslandes auf inneren Zwist wird sich als trügerisch erweisen. (Lebhafte Zustimmung.)

Seite 2. nicht be... ihre An... bejuden... anfluß des... um steht... politik der... e Düssel... esuch der... empathien... e baldige... eten. Heitspar... den der... galdemo... er. Gän... rümischer... elsten mit... igen nach... egführer... Staats... d häufig... mmetten... anz allein... rechnet... zur An... sparteier... der rui... wird, daß... einen wei... um allge... die Re... und for... eitsstaates... e, ge... die St... t Schlus... meralkon... sprechende... die Ge... erlassen... amunlan... veran... auffklärung... vortragung... stenatlich... Frauen... herange... mit... soll en... Material... General... Gemein... affen. r bringt... nunmehr... in seiner... zu einem... at, unbe... noch in... egen, die... wiffigkeit... n haben... Wir glau... zu tun... ur Stim... met der... genda so... mda in... Zeit, als... ungen ist... n deren... der Ba... Nothdur... eßt kann... 1917. Tzung... ist die W... eber und... von tagen... es gemal... noch nicht... t und es... gen Neu... lle des... Angriffe... i unserer... gefanden... menbeuch... et. Das... stes, dem... bigung... alle Hoff... 1917 ist... Das... ist nicht... in höher... appen auf... und No... n Sturm... n haben... so über... erte Tapa... sensner... alle Jhr...

lung.) Möge es dem neuen Kanzler und seinen Mitarbeitern vergönnt sein, dem Vaterland das kostbare Gut eines gerechten, kouragierten und ehrenvollen Friedens bald zuzuführen. (Beifall.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Zunächst gebe ich unserer Freude Ausdruck über die Mitteilung des Reichskanzlers von dem

Friedensangebot der sozialistischen Regierung in Russland und ich schließe mich dem Dank an unsere Truppen an. Mit den Männern, die jetzt im Reich und in Preußen regieren, haben wir früher in lebhaftem politischen Kampf gestanden. Was uns von ihnen trennt, vergessen wir keinen Augenblick, unsere politische Selbständigkeit und Unabhängigkeit ist in jeder Richtung durchaus gesichert. Wir halten es für einen Fortschritt, wie die neue Regierung zustande gekommen ist und haben daran fleißig mitgearbeitet. Wir wollen auch mitwirken, diesen Fortschritt zu befestigen und weiter zu sichern. Die Bedeutung des letzten Regierungswechsels wollen wir nicht vergrößern, aber auch nicht verkleinern, weil wir den Fortschritt sonst wieder verlieren könnten.

Das deutsche Volk kämpft nicht für die polnische Krone und litauische und kurländische Herzogshüte.

Es ist gut, daß der Reichskanzler ausdrücklich das Selbstbestimmungsrecht der Völker betont hat. Wir alle empfinden die Niederträchtigkeit der feindlichen Pläne. Wir alle sollten aber auch jederzeit eingedenk sein des Spruches: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu“. Die deutsche Arbeiterklasse erwartet mit Sehnsucht den Tag, an dem die Arbeiter Englands und Frankreichs gemeinsam mit den russischen und deutschen Arbeitern für den Frieden arbeiten. Das deutsche Volk, das keine fremde Freiheit bedroht, muß auch seine eigene Freiheit im Innern um so kräftiger ausbauen. Machen Sie

Schluss mit der Zensur, mit dem Belagerungszustand und mit den politischen Verfolgungen.

Die Kraft des deutschen Volkes wird dadurch nicht verlieren, sondern gewinnen. Schaffen Sie Freiheit für die Presse.

In der deutschen Geschichte werden die Namen derer, die dem preussischen Volke auch jetzt noch das gleiche Staatsbürgerrecht vorenthalten wollen, geächtet werden. Die Regierung muß entschlossen auftreten, um dem Volke zu dem gleichen Wahlrecht in Preußen

zu verhelfen. Wir begrüßen die Bildung von Arbeitskammern. Die Volkswirtschaft ist nicht nur eine Angelegenheit der Kapitalbesitzer, sondern des ganzen schaffenden Volkes. Noch eine dringende Bitte: Gehen Sie sofort an die Erhöhung des Soldes für unsere Brüder in Waffen und erhöhen Sie die Renten der Invaliden der Arbeit.

Wir werden die neue Regierung darnach beurteilen, was sie für den Frieden tut, indem sie die feindlichen Regierungen jedes Wortes beraubt, sie müßten, um Rechte und Freiheiten der Völker zu schützen, den Kampf fortsetzen. Russland, das sich in Kämpfen und Märkten einer großen Zukunft entgegenringt, ist nicht der Verkörper dieses Krieges. Diejenigen werden zuletzt die Geschlagenen sein, die den gewaltigen Mächten der Zukunft, in der Arbeiterklasse, dem Sozialismus und dem Völkerfrieden den Kampf bis ans Ende geschworen haben. Diejenigen sind die aufstrebenden Mächte, die mit der Zukunft im

Bunde stehen und ich hoffe, das deutsche Volk wird unter ihnen sein. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Kischewitz (F. Sp.): Wir bewilligen den geforderten Kredit und bekunden damit aufs neue den unerschütterlichen Willen alle Opfer zu bringen, um den Vernichtungswillen der Feinde zu brechen. Deutschlands Freiheit und Selbständigkeit und die Unverletzlichkeit seines Gebietes muß gesichert sein. Wir freuen uns über die Mitteilung des Reichskanzlers bezüglich des von Russland eingegangenen Angebots friedlicher Annäherung. Bezüglich des Wahlrechts für Preußen erwarten wir, daß die Regierung mit allem Nachdruck das Reformwerk betreiben wird und die Vorlage noch während des Krieges verabschiedet um des inneren Friedens willen. (Bravo!) Das verzerrte Belagerungszustandsgesetz muß verschwinden. Den heimkehrenden Kriegern wollen wir ein Haus bauen der Freiheit. (Beifall.)

Abg. Stresemann (Noll.): Wir begrüßen das russische Waffenstillstandsangebot. Eine Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur ist nicht nötig, denn sie sind bereits auf das Mindestmaß zurückgeführt worden. Mögen die angeklagten Arbeitstammern ein Instrument des Friedens werden. Mit dem Programm der inneren Politik des Reichskanzlers sind wir einverstanden. Das Band zwischen Regierung und Volksvertretung muß möglichst eng geschlungen werden. Wir stehen im Endkampf des gewaltigen Völkerkampfes, da heißt es: Geschlossenheit hinter der Front! Das ist das Gebot der Stunde. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp (Kons.): Für die Person des jetzigen Reichskanzlers haben wir vollste Sympathie. Einspruch aber müssen wir erheben gegen die Vorgänge, die zur Entlassung des Reichskanzlers Dr. Michaelis und des Herrn Dr. Helfferich führten. Der neue Reichskanzler von Bahr ist dem jetzigen Reichskanzler abgerungen worden (Interesse) und soll die Aufschonungen der Sozialdemokratie und der fortschrittlichen Volkspartei in der Regierung zum Ausdruck bringen. Dem neuen Reichskanzler gegenüber werden wir stets scharfe Kritik treiben. Wir bedauern, daß die innerpolitischen Erregungen der letzten Zeit, wenn auch nur formell, mit der Bewilligung der Kredite in Bezug gebracht worden sind. Die Friedensresolution halten wir auch heute noch für einen Fehler. Eine abermalige Bereitwilligkeit zur Versöhnung ist jetzt weder möglich noch zweckmäßig. Das Volk verlangt eine andere Sprache an der Front und dahinein. (Lachen und Widerspruch.) Die Vorgänge in Russland betrachten wir von dem Gesichtspunkt aus, welche Vorteile für Deutschland sich daraus ergeben. (Sehr richtig!) Wir müssen dafür sorgen, daß Österreich nicht wieder überfallen werden kann. Unseren Helden draußen helfen wir nicht mit Worten, sondern durch die Tat danken. (Beifall.)

Abg. Fehr v. Gams (D. Fr.): Deutschland ist völlig unschuldig in diesen Krieg hineingezogen worden. Wie kann man da noch von einem Verzichtsfrieden sprechen. Zurück bei den Sozialdemokraten.) Die U-Boote führen uns auch gegen England zum Siege.

Abg. Haase (N. Soz.): In Russland hat der linke Flügel der Sozialisten die Regierung übernommen. Das ist ein Akt von weltgeschichtlicher Bedeutung. Der Zarismus ist von der Arbeiterklasse gestürzt worden, nicht durch die deutschen Waffenerfolge. Wir begrüßen es, daß das russische Angebot als diskutable Grundlage für Verhandlungen angesehen wird. Redner sagt sodann: Wir wollen keinen Sonderfrieden, sondern einen allgemeinen Frieden. Mit der Wahlrechtsreform macht man einen Schritt vorwärts und zwei Schritte zurück. Der Bürgerkrieg bedeutet nichts als Militärdiktatur.

Damit schließt die erste Lesung.

Es folgt sofort die zweite Lesung.

Abg. Scheidemann (Soz.): Die Rede des Abg. Haase hat nicht dem Frieden gedient. Viele seiner Ausführungen waren unrichtig. Wenn der Reichskanzler sich auf den Boden der Friedensresolution stellt und von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker spricht, so ist das für Herrn Haase nichts. Ich meine, wenn je-

mand selbst eheliche Politik treibt, so muß er sie auch anderen zu trauen.

Abg. Haase (N. Soz.): Nicht wir sähen dem Frieden, sondern die Politik, die Sie, Herr Scheidemann, verfolgen.

Damit schließt die zweite Lesung. Die Vorlage wird in zweiter Lesung angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Samstag 12 Uhr.

In-Exposition betr. den Mittelstand, 3. Lesung der Kreditvorlage.

Baden.

Kastatt, 29. Nov. Am Dienstag abend 6 Uhr wurde dem Depotarbeiter Wilhelm Haaf von Stemmern auf einem Wagen des auf einem hiesigen Industriegeleise rangierenden Zuges der rechte Fuß abgefahren.

Die Vereinsbank Kastatt, eine auf den Grundstücken von Schulze-Delisch gegründete Genossenschaft, konnte heute das Jubiläum ihres 50jährigen Bestehens feiern. Aus diesem Anlaß hat die Vereinsbank 10 000 M dem Roten Kreuz, dem Heimatklub, der Handwerkerfürsorge und anderen wohlthätigen Einrichtungen überwiesen.

bc. Dittersheim, 29. Nov. Einem Landwirt ist von unbekanntem Täter aus dem Keller das gesamte Fleisch eines großen, wenige Tage vorher geschlachteten Schweines gestohlen worden.

K. Freiburg, 29. Nov. Gestern nachmittag verschied, der „Freib. Bg.“ zufolge der ordentliche Honorarprofessor für romanische Philologie, Herr Dr. Emil Levy im 63. Lebensjahre. Professor Levy, in Hamburg geboren, gehörte unserer Hochschule seit 1883 an.

O. Freiburg, 29. Nov. Bei dem Badischen Bauernverein als Zentralstelle für Brennereien sind 101 074 Pfd. grüne Brennereien angekauft worden. Die größte Menge wurde von den Mannschaften der Gesehungskompanie gesammelt. Das Sammelergebnis lieferte 14 000 Pfund Trockenware. Das Gesamtergebnis der Brennereiammlung des Kommunalverbandes Freiburg-Stadt mit 39 800 Pfund Trockengut steht in den Ergebnissen im Großherzogtum Baden an erster Stelle.

Frühere Polizeistunde und früherer Ladenschluss.

In einem hofamtlichen Artikel der „Karst. Bg.“ werden heute die Einschränkungen über das Offenhalten der Wirtschaften und der Geschäfte veröffentlicht. Danach müssen die Wirtschaften von 10 Uhr abends (an Samstagen von 11 Uhr abends) bis 10 Uhr vormittags geschlossen bleiben. Ein früheres Öffnen einzelner Wirtschaften kann, wenn Bedürfnis vorliegt, von der Ortspolizeibehörde gestattet werden. Der Betrieb der Wirtschaften ist auf die unbedingt nötigen Räume zu beschränken. Theater, Lichtspielhäuser und sonstige Vergnügungsorte sind um 10 Uhr abends zu schließen. Die offenen Verkaufsstellen müssen von 6 Uhr abends (an Samstagen von 8 Uhr abends) bis 9 Uhr vormittags, sowie an den Sonntagen geschlossen bleiben. In den drei Sonntagen vor Weihnachten dürfen die Verkaufsstellen von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends geöffnet sein. Verkaufsstellen, in denen der Verkauf von Lebensmittel als Haupterwerbswirtschaft betrieben wird, dürfen an Werktagen allgemein bis 8 Uhr abends geöffnet bleiben und mit dem Verkauf von 9 Uhr vormittags beginnen. Verkaufsstellen von Frischmilch dürfen auch an Sonntagen offen halten. Apotheken fallen nicht unter die Beschränkung. Für die Polizeistunde bleiben die bisherigen Vorschriften maßgebend. Den ländlichen Kommunalverbänden ist gestattet, für solche Ge-

Unterhaltung und Belehrung

Das Zeugnis des Kindes. Man schreibt der Wiener „Arb. Bg.“ aus Amsterdam: Im Museum Galliera in Paris ist kürzlich eine Sammlung von Kinderzeichnungen aus der Kriegszeit zusammengestellt und zur Schau gestellt worden. Die Ausstellung zeigt, womit sich Gemüt und Einbildungskraft des Kindes während des Krieges beschäftigen, wie sich Not und Leid der Kriegszeit in der kindlichen Natur psychologisch äußern. Die Kinder zeichnen nicht nur Soldaten und Kanonen, Helme und Fahnen, Trommeln und was sonst vom äußeren Apparat des Krieges dem kindlichen Auge sichtbar macht. Sie zeichnen ebenso sehr, was sie erleben, was sie wünschen und was sie durch den Krieg erleben. Was einen anderen Eindruck von der kindlichen Seele gibt, als die von den Zeitungen mit Stolz zitierten patriotischen Ausprüche von Kindern über die „Voes“ oder die Zeichnungen des großen Patrioten Poulbot, der von Pariser Kindern nur weiß, wie dröckig sie Soldaten und „Schlacht an der Marne“ spielen und die Voes verhasst. — Bezeichnend genug beschäftigt sich die Phantasie der Kinder nicht zum wenigsten mit dem — Essen. Immer wieder sieht man auf den Kinderzeichnungen Schwaben abgebildet. „Wunschertüllungen!“ ... In dieses Kapitel mag auch jene Zeichnung gehören, auf der man einen Strumpf sieht, aus dem wie aus einem Hüllhorn Geldstücke rollen. Kindliche Vorstellung unermesslichen Reichtums. ... Oder hat das Kind einmal gesehen, wie Mutter die ersparten Soustüde aus dem verstaubten Strumpf holte, der nun leer ist? ... Ein „Gelebens“ auch ist die Zeichnung einer Kriegsküche mit langen Tischreihen, unter die das Kind schrieb: Paris pendant la guerre — Paris während des Krieges. ... Aus jedem dieser bald unbefehalten, bald flott gezeichneten Bildchen blickt irgendwie das Gesicht der Not, und insofern werden sie einmal, wie die französische Kunstzeitschrift bemerkt, der wir diese Angaben entnehmen, jedes in seiner Art dem künftigen Geschichtsschreiber als Zeugnis dienen können, wie es den Kleinen in Paris während des Weltkrieges erging, während die Väter im Schützengraben lagen und die Mütter alle Fingergelbte aufbringen mußten, um ihnen Nahrung, Kleidung, Feuer und Licht zu verschaffen. — Aber auch für den Kulturhistoriker, der für künftige Geschlechter die Dokumente der Kriegskunst sammeln wird, werden diese links hingetragenen Zeichnungen, in denen die Einsamkeit und die Inskuld den Krieg und die Gesellschaft verlagert, eine Art Spiegel und abgekürzte Chronik des Zeitalters sein — kindliche Zeugnisse der Wirklichkeit, aus denen es manchmal klingt wie aus Goethes wunderbarfarbigem, wild hinausendem Gedicht von der Zerstörung Magdeburgs, als Luths Heer „in den Straßen rastete“:

Mutter, gib mir Brot!
Ist denn der Vater tot?
O Mutter, gib ein Stückchen Brot!
O welche große Not!

Eine Wiederaufnahme deutschen Silberbergbaues ist in mehreren Gemeinden zu verzeichnen. Der früher wegen des gesunkenen Silberpreises eingestellte Betrieb läuft jetzt wieder, da der Silberpreis wieder stark gestiegen ist — doppelt so hoch als zur Zeit seines tiefsten Standes. In Reudorf an Harz werden die Stollen schon wieder befahren und auch der altberühmte Bergbau bei Friedberg in Thüringen soll wieder in hundert Tausendern hat dieses Silber im Werte von neunhundert Millionen Mark geliefert und zur Reformationszeit den Reichthum Sachsens geschaffen helfen.

Deutschland und die russischen Kriegsgefangenen.

Einer hochinteressanten Sammlung von Briefen russischer Kriegsgefangener unter dem Titel „Russische Kriegsgefangene über ihre Eindrücke in Deutschland“, Verlag M. W. Meyer, Berlin, welche die Schriftleitung des „Russischen Boten“, einer Zeitung für russische Kriegsgefangene, herausgegeben hat, ist der folgende Brief entnommen, der von der Hand eines Gefangenen stammt. Er zeigt, wie das als barbarisch beschriene Deutschland seine Gefangenen behandelt, und wie lächerlich gegenüber dem ehelichen Bekenntnis eines einfachen Mannes aus dem Volke die russischen Greuelmärchen sind, die von unseren Feinden böswillig über unsere Gefangenenbehandlung in der Welt verbreitet werden.

Ich sende der Redaktion des „Russischen Boten“, schreibt der Einsender, „meinen besten Gruß und wünsche der Zeitung Blühen und Gedeihen, denn sie ist eine der edelsten Einrichtungen, die Deutschland zugunsten seiner besiegten Feinde getroffen hat.“

Wir haben zu Hause viel über deutsche Greuel gehört, über deutsche Rücksichtslosigkeit und rohe Behandlung der Kriegsgefangenen. Aber, liebe Brüder, seit wir mit eigenen Augen alles sehen, wissen wir auch, daß das alles Lügen waren! Nein, tausendmal nein! Wir sehen ja doch, was sie für uns tun. Ob die Russen wohl für die gefangenen Deutschen das tun, was die Deutschen für uns! Es ist doch Tatsache, daß wir in hellen, warmen Baracken leben, daß überall Reinlichkeit und Ordnung herrscht, die für unsere Gesundheit bürgen. Unsere Vorgesetzten bemühen sich, uns das Leben so an-

genehm wie möglich zu gestalten. Wenn wir nach Russland zurückkehren, wollen wir jenen die Mäcken abreiben, die dort die Leute betrügen, und wollen laut verkünden, daß Deutschland für uns kein Sibirien war. Viele Leute behaupten auch, die Deutschen seien nachtragend, wir über merken davon nichts, im Gegenteil, dort in Russland ist man sogar so weit gegangen, daß man den deutschen Gefangenen den Verkehr untereinander verboten hat. In Deutschland dagegen wird allein für unsere Bedürfnisse eine Zeitung herausgegeben und man hat ein Vermittlungsbureau gegründet, das dem Briefwechsel unter den Gefangenen dient. Werden solche Einrichtungen nicht aus wahrer Kultur geboren? Nun das Leute, die nachtragend sind? Welch eine Lüge! So leben Millionen von Menschen in der Selbsttäuschung dahin, daß die Deutschen wilde Tiere sind, Warmherzigkeit und Mitleid nicht kennen. Wir aber, Kameraden und Brüder, wir wissen jetzt, daß es eine Lüge ist und sind verpflichtet, dagegen Einspruch zu erheben, denn diese Lüge ist schon zu groß! Tausendmal tun doch die Deutschen für uns, was sie können und helfen uns, so weit es in ihrer Macht steht. Daher wünsche ich allen Einrichtungen, die uns zugute kommen, und ganz besonders Ihrer Zeitung, einen vollen Erfolg.“

Das ist eine russische Stimme von den zahlreichen authentisch echten, die das kleine Werkchen in autographierter Zusammenstellung bringt. Es vermehrt einen alten Einblick in die Seele der russischen Menschheit, die gegen Deutschland kämpfen mußte und nicht wußte warum, und ist daher auch als eine Bereicherung unserer Kenntnisse über die russische Volkseele zu bewerten.

Stimme aus dem Olymp.

Gott verlaß uns mit zwei Händen,
Daß wir doppelt Gutes werden,
Nicht um doppelt zuzureißen
Und die Leute aufzukäufen
In den uralten Erenten,
Wie gewisse Leute tun —
(Namen auszusprechen,
Dürfen wir uns nicht erlauben —)
Sängen würden wir sie gern.
Tach sie sind so große Herrn!
Philantropen, Ehrenmänner,
Wende sind auch unsere Männer.
Und man macht aus deutschen Eiden
Keine Götter für die Heiden.
Heinrich Heine. (Lebte Ged. etc. 1853—1856.)

meinden, in welchen sich der Hauptverkauf bisher an den Sonntagen vollzog, zu erlauben, daß die Verkaufsstellen an Sonntagen nach dem Hauptgottesdienst während zwei Stunden geöffnet bleiben. Die Verordnung tritt am 1. Dezember 1917 in Kraft.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 30. Nov. Tauschhandel.

* Zwischen der Reichsstelle für Gemüse und Obst und den Vertretern der Städte herrscht Kampfzustand. Ursache des Streites ist die mangelhafte Versorgung der Städte mit Gemüse und Obst, für die von den Städten die Reichsstelle verantwortlich gemacht wird, während diese wiederum die Schuld in der mangelnden Vorräte der Stadterwartungen suchen will, die nicht genügend Lieferungsverträge abgeschlossen haben, was von diesen übrigens bestritten wird. Wie dem auch sei, die Leidtragenden sind auf alle Fälle die Verbraucher, die mit sehr gemischtem Gefühlen diesem papiernen Kampf zuschauen und nur den einen Wunsch haben, daß man wenigstens für das kommende Wirtschaftsjahr aus dem gänzlichen Mißerfolg der Maßnahmen der Reichsstelle für Gemüse und Obst etwas lernen möge. Aus den Anzeigen in der landwirtschaftlichen Presse gewinnt man übrigens den Eindruck, daß trotz aller gegenteiligen Versicherungen mit Gemüse und Obst zurückgehalten wird, weil sie wertvolle Tauschmittel für die Beschaffung von allerlei anderen erwünschten Dingen darstellen. So kann man rote, gelbe Möhren und Kohlrüben erhalten, wenn man als Gegenwert schwefelures Ammoniak zu liefern in der Lage ist. Einige Ladungen Kunfelerben sind gleichfalls gegen schwefelures Ammoniak oder Ammoniumsuperphosphat zu haben. Je 100-200 Zentner Weißbrot und Speisemöhren sind der Preis für die Lieferung von erstklassigem Weißbrot. Auch Zwiebeln sind bei den entsprechenden Mengen Dingers nicht unerreichbar. „Gutes süßes Bienenbrot“ soll gegen Kohlen eingetauscht werden. Petroleum, Kleiderstoffe, Strümpfe sind gleichfalls beliebte Tauschmittel, gegen die landwirtschaftlichen Produkte zu haben sind. Von mecklenburgischen Güterbesitzern wird behauptet, daß sie große Mengen Honig aufgeschichtet haben, um sie als Tauschmittel zu verwenden. Wer einen, wenn auch nur bescheidenen Anteil haben will an der guten Gemüse- und Obsterte, muß also nicht nur über „Geld und gute Worte“, sondern vor allen Dingen über „Geld und gute Waren“ verfügen. Vielleicht wäre es gegenüber diesen Verhältnissen ratsam, alle städtischen Verbraucher von Staatswegen mit „Gegenwerten“ auszustatten, mindestens aber den Städten Tauschmittel zu überweisen, die sie beim Abschluß der Lieferungsverträge mit in die Waagschale werfen können.

* Von der technischen Hochschule. Der ordentliche Professor für Zoologie an der Technischen Hochschule hier, Dr. Demoll, ist aus dem badischen Staatsdienst ausgeschieden.

* Der Kriegsblindennäher in Baden ist von der Großherzogin Luise ein Beitrag von 50 000 M. gespendet worden. * Unfall. Gestern mittag glitt ein Fuhrmann aus Leopoldshafen im Hofe eines Hauses der Fähringerstraße aus, brach das linke Bein und mußte mit dem Krankenauto in das Diakonissenhaus verbracht werden.

* Selbstmordversuch. Gestern abend versuchte die Ehefrau eines Maschinenarbeiters in ihrer in der Steinstraße gelegenen Wohnung sich durch Einatmen von Gas aus Eiferlucht zu vergiften. Sie wurde in bewußtlosem Zustande mit dem Sanitätsauto nach dem städt. Krankenhaus verbracht.

* Kriegssportauskunft Karlsruhe. Man schreibt uns: Nachdem am Puff- und Bettage alle sportlichen Veranstaltungen geruch haben, wird der Dezember sehr bemerkenswerter Wettspiele im Fußballsport zeitigen. Am 2. Dezember finden nicht weniger als 5 Verbandsspiele statt, die noch näher namhaft gemacht werden. Am 9. Dezember spielen nur 2 Vereine gegeneinander, V. f. B. und Phönix, das Treffen wird aber von entscheidender Wirkung sein. Der 16. Dezember bringt voraussichtlich die Lokal-Gaueisluhrunde. V. B. Veitheim gegen Phönix, und der 23. Dezember das Rückspiel der Stadtmannschaften Karlsruhe und Forstheim in Karlsruhe, deren Vorspiel bekanntlich unlängst nach hartnäckigem Spiel einen 2:1-Sieg der Karlsruher ergab. Für Januar und Februar bestehen Verhandlungen für die Stadtmannschaften Karlsruhe und Mannheim für 2 Spiele.

Die Versorgung mit Fischen.

Bei den Verhandlungen der verstärkten Staatshaushalts-Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses über Ernährungsfragen hat der Reichskommissar für Fischversorgung erklärt, wenn vielfach die Bedürfnisse der Bevölkerung an Fischen nicht voll befriedigt seien, so läge das neben dem beschränkten Fanggebiet am Ausfall der Auslandszufuhr.

Diese Äußerung hat allgemein überrascht, wo sie bekannt geworden ist. Es kann gar nicht davon die Rede sein, daß die Bedürfnisse der Bevölkerung „nicht voll“ befriedigt werden; es kommt vielmehr eine Befriedigung der Bedürfnisse überhaupt nicht mehr in Betracht, denn die Märkte der Großstädte sind seit langer Zeit von Fischen vollständig entblößt. Sowohl frische Fische wie auch geräucherter haben gänzlich aufgehört, in der Ernährung der großstädtischen Bevölkerung irgend welche Rolle zu spielen. Man darf daher wohl behaupten, daß auf keinem Gebiet der Lebensmittelbeschaffung die zentrale Bewirtschaftung von Produktion, Einfuhr und Handel zu so großen Enttäuschungen geführt hat wie in der Fischversorgung. Auch hier wäre es wohl an der Zeit, nachzuprüfen, ob die in sehr großer Zahl errichteten Kriegsgesellschaften noch als ein Bedürfnis anzusehen sind.

Rechte Nachrichten.

Die neuesten Verfertigungen.

Berlin, 30. Nov. (Amtlich.) Westlich und südwestlich notwendig, sie vor Ausfüllung der Liste durchzulesen. Man beachte auch die auf den Innenseiten der Liste abgedruckten Beispiele!

Herabgehoben sei folgendes:

- a) Man achte darauf, daß keine Person übersehen und keine doppelt gezählt wird.
- b) Alle Personen, die in der Zählnacht anwesend sind, sind zu zählen (und in der Liste unter Abschnitt A aufzuführen), auch wenn sie sich nur vorübergehend hier aufhalten, z. B. Besuch, Militärurlaub.
- c) Im Gegensatz zu den letzten Volkszählungen sind diesmal auch die vorübergehend Abwesenden (z. B. auf einer Reise Befindlichen) aufzuführen (unter Abschnitt B der Zählliste. Als vorübergehend abwesend gelten nur solche abwesenden Personen, deren Wohnort Karlsruhe ist. Dies trifft u. a. nicht zu bei den Personen, die zu Ausbildungs- oder Erwerbszwecken oder infolge Einberufung zum Heeresdienst abwesend sind.
- d) Die Mitglieder des Haushaltes sind in der Reihenfolge, die auf der Innenseite der Liste angegeben ist, und auch bei den Beispielen eingehalten ist, einzutragen. Dies erleichtert die Bearbeitung der Listen wesentlich.
- e) Besondere Sorgfalt ist auf die Fragen nach der Brotverforgung zu verwenden. Die durch ungenaue oder wahrheitswidrige Verantwortung dieser Fragen entstehenden Nachteile werden sich für die Haushaltung besonders fühlbar machen.
- f) Bei den Fragen über Verpflegung der Militärpersonen ist zu beachten, daß Angaben über die Verpflegung der Militärpersonen nicht zu machen sind, die teilweise von einem Truppenteil oder einem Gesangenenlager verpflegt werden.
- g) Alle Eintragungen sind mit Tinte vorzunehmen. Für beschriebene oder verzeichnete Listen beschaffe man sich Ertrag (siehe oben Ziffer 3).
- h) Man vergesse nicht, auf der Titelseite Straße und Hausnummer einzutragen und auf der Innenseite an der dafür vorgesehenen Stelle (unten rechts) die Wichtigkeit der Eintragungen durch die Unterschrift des Haushaltungsvorstandes oder seines Stellvertreters zu bescheinigen. Listen ohne Unterschrift gelten als nicht abgegeben.

Die Haushaltungslisten werden vom 5. Dezember an von freiwilligen Zählern eingesammelt.

Als Zähler haben sich in dankenswerter Weise eine Reihe von Frauen und Männern, auch älteren Schülern zur Verfügung gestellt, die ehrenamtlich diese Arbeit ausführen. Wir müssen dringend erwarten, daß ihnen die Arbeit so sehr als möglich erleichtert wird. Insbesondere bitten wir die Haushaltungen, welche die Verteilung der Listen übernommen haben, die Zähler auf Wunsch zu unterstützen.

Jeder Haushaltungsvorstand Sorge dafür, daß die Liste am Morgen des 5. Dezember vollständig beantwortet

lich der Straße von Gibraltar haben unsere U-Boote wiederum 5 Dampfer und 2 Segler mit zusammen rund 16 000 Bruttoregistertonnen vernichtet, darunter ein englisches Einheitschiff, den bewaffneten italienischen Dampfer „Lorenzo“ (2496 T.), den bewaffneten japanischen Dampfer „Koma Maru“ (2987 T.) und den amerikanischen Dreimastdampfer „Fanny Prescott“ (404 T.). Unter den versenkten Ladungen befanden sich 3000 Tonnen Kohlen nach Italien und 1500 Tonnen Eisenerz.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Bern, 29. Nov. „Petit Parisien“ meldet aus Rouen: Das Frachtboot „Moine“ versank am 20. November 10 Kilometer vom Hafen entfernt. Das Schiff ging mit Mann und Maus unter. Ein einziger Matrose wurde gerettet.

Bern, 29. Nov. „Somme Libre“ meldet aus London: Der französische Dampfer „P. L. M. 3“ ist infolge Zusammenstoßes mit einem anderen Dampfer gesunken.

Vierte Konferenz der Alliierten.

WTB. Paris, 30. Nov. (Agence Havas.) Cadorn ist gestern Morgen hier angekommen. Im Quai d'Orsay ist gestern die Konferenz der Alliierten eröffnet worden. In einer kurzen Ansprache begrüßte Clemenceau die Abgeordneten und betonte die Wichtigkeit der zu fassenden Beschlüsse. Dann begannen die Abgeordneten die Aufteilung der Arbeit unter die Ausschüsse. Diese Konferenz ist die 4. in Paris abgehaltene. Sie vereinigt diesmal Abgeordnete aller alliierten Länder.

Eine neue Kriegsbotenschaft Wilsons.

WTB. Bern, 30. Nov. „Progres de Lyon“ meldet aus Washington: Wilson arbeitet eine neue Kriegsbotenschaft aus, die er am 4. Dezember dem Kongress vorlegen wird. Die Botenschaft wird in ihrer Bedeutung derjenigen, die der Kriegserklärung an Deutschland folgte, nicht nachstehen.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Lokale Post: Wilhelm Roth; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Ankerate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luitpoldstraße 24

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Naturfreunde) Sonntag 8.31 Margzell, hinteres Albtal. — 10 Uhr Ankunft von Mannheimer Naturfreunden zum Besuch der Karlsruher Ortsgruppe. Näheres im Lokal. Die Auszubehringelnde werden gebeten, heute vollzählig zu erscheinen. (Wichtige Mitteilungen.) 1775

Durlach. (Sängerbund Vorwärts, Freie Turnerschaft, gear. 1890 und Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität, Ortsgruppe Durlach.) Samstag, 1. Dez., abends punkt 8 Uhr, findet im Vereinslokal zum „Lamm“ eine gemeinsame Mitgliederversammlung statt. Infolge der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller noch anwesenden Mitglieder der drei Vereine unbedingt erforderlich. 1761 Die Vorstände.

Bekanntmachung.

Volkszählung am 5. Dezember 1917.

Gemäß Verordnung des Bundesrats vom 18. Oktober und gemäß Volkszählungsverordnung des Reichsministeriums des Innern vom 10. November findet am 5. Dezember eine allgemeine Volkszählung statt.

Sie erstreckt sich auf sämtliche im deutschen Reich befindlichen Personen (also auf sämtliche Militärpersonen, Kriegsgefangenen und Internierten).

- Zu zählen sind:
 - a) Alle in der Nacht vom 4. auf 5. Dezember anwesenden Personen.
 - b) Alle in der Zählnacht vorübergehend abwesenden Personen.

Die Zählung geht in Karlsruhe in der folgenden Weise vor sich.

1. Gezählt wird nach Haushaltungen. Jede Haushaltung hat eine beson. Zählkarte auszufüllen. Einzelwohnende Personen, welche eine besondere Wohnung haben und eine eigene Hauswirtschaft führen, haben für sich eine Karte auszufüllen.

2. In der Zeit vom 1. bis 4. Dezember werden durch die Schirmmannschaft Haushaltungslisten ausgeben. Da es infolge Personemangels und bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit unmöglich ist, bei jeder einzelnen Haushaltung eine Karte abzugeben, werden die für ein Haus nötigen Listen dem Haushalter oder seinem Stellvertreter oder bei einer sonstigen, dafür geeigneten Haushaltung in jedem Hause abgegeben. Wir bitten diese Haushaltungen dringend, die geringe Mühe auf sich zu nehmen und dafür zu sorgen, daß jede im gleichen Hause wohnende Haushaltung sofort eine dieser Listen erhält. Den Empfang dieser Listen bitten wir dem Schirmmann auf einem von ihm vorgelegten Zettel zu bescheinigen.

3. Die Haushaltungen, die bis 4. Dezember abends noch keine Haushaltungsliste erhalten haben sollten, sind gemäß § 8 der Verordnung des Reichsministeriums des Innern verpflichtet, sich eine Haushaltungsliste umgehend zu beschaffen. Solche werden unentgeltlich von jeder Polizeiwache, den Gemeindefretariaten und dem Rathauspförtner abgegeben.

4. Der Haushaltungsvorstand — bei Abwesenheit des Ehepartners ist dies die Ehefrau oder der älteste anwesende geschäftsfähige Angehörige der Familie — haftet für die vollständige Ausfüllung und Ablieferung der Haushaltungslisten.

5. Auf jeder Haushaltungsliste sind die für die Ausfüllung nötigen Erläuterungen abgedruckt. Es ist unumgänglich

und unterschrieben ist, damit der Zähler nicht warten muß.

Wer seine Wohnung verläßt und keinen Stellvertreter dort zurückläßt, übergebe die Karte einer anderen Haushaltung des gleichen Hauses, um dem Zähler doppelte Wege zu ersparen.

Die Zähler werden beim Ausfüllen der Karte im einzelnen Falle gern behilflich sein. Andererseits wolle man dem Zähler jede ihm nötig erscheinende Auskunft bereitwillig und in freundschaftlicher Weise erteilen; es sollte auch vermieden werden, die Verhandlungen mit dem Zähler durch Dienstpersonal führen zu lassen.

7. Die Haushaltungsvorstände, deren Listen bis zum 6. Dezember abends nicht abgeholt sein sollten, sind verpflichtet, ihre Karte am 7. Dezember auf der nächsten Polizeiwache abzugeben.

8. Wer den für die Zählung erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

9. Auskunft in Angelegenheiten der Volkszählung erteilt das städtische statistische Amt (Fähringerstraße 98, Fernsprecher Nr. 5380 über „Rathaus“).

Karlsruhe, den 29. November 1917. 1780

Das Bürgermeisteramt:

Bekanntmachung.

Die bisher im Pfandlokal Schwannstraße eingerichtete Annahmestelle für getragene Kleidungs- und Wäschestücke sowie Schuhwaren

wird von heute ab in das Verwaltungsgebäude der städt. Bekleidungsstelle, Kaiserstr. 91 (Goldener Obelisk) verlegt. Die Annahmestunden sind in dieser Stelle auf die Zeit von 9-12½ und von 2½-6 Uhr festgesetzt.

Die Annahmestelle in der Donaustraße 24, Seitenbau 2. Stock, bleibt unverändert bestehen.

Karlsruhe, den 28. November 1917. 1775

Das Bürgermeisteramt.

Venedig und die Piave-Linie

neueste Karte vom Italienischen Kriegsschauplatz gut beschriftet und sehr übersichtlich. Preis 60 Pfg. (nach auswärts 5 Pfg. Porto). Zu beziehen durch die Buchhandlung Volksfreund, Lützenstr. 24, Telefon 128.

Badischer Heimatdank. Ausruf

an die Einwohner der Stadt Karlsruhe.

Im Kampfe für unser bedrohtes deutsches Vaterland haben tausende von tapferen Söhnen des Badischen Landes ihr Leben geopfert, aber tausende kehren mit verstümmelten Gliedern oder schwerer Gesundheitschädigung heim. Den bedürftigen Hinterbliebenen der toten Helden und den Kriegsbeschädigten durch Rat und Tat ausreichende Hilfe jeder Art zu leisten, ist heilige Pflicht der dankbaren Heimat.

Diese Dankspflicht in die Tat umzusetzen, hat sich der „Badische Heimatdank“ zur Aufgabe gesetzt.

Jedes badische Landeskind, jeder Bewohner unserer Stadt vor allem, wird es sich zur Ehrenpflicht anrechnen, nach Maßgabe seiner Kräfte zur Erfüllung dieser großen Aufgabe beizutragen.

Jedem ist es möglich, dem „Badischen Heimatdank“ als Mitglied beizutreten. Der Jahresbeitrag von Privatpersonen steht ganz im Ermessen der Mitglieder; auch Beiträge von 1.— Mark sind hochwillkommen.

Darum meldet Euch Alle zum Wert der Dankbarkeit für die Gefallenen und verstümmelten Helden, die Beschützer und Retter unseres Vaterlandes!

Beitrittsklärungen nehmen das Bürgermeisteramt (Rathaus, II. Stod. Zimmer Nr. 75) und die Stadthauptkasse B (Rathaus, Erdgesch., Eingang Hebelstraße, Zimmer Nr. 42) entgegen. Beiträge und einmalige Zuwendungen bitten wir an die Stadthauptkasse B abzuliefern oder auf deren Postfach-Konto Karlsruhe Nr. 5343 zu überweisen. Auch können sie auf das Giro-Konto des Ortsausschusses bei der städtischen Sparkasse Nr. 695 überwiesen werden.

1654
Karlsruhe, den 12. November 1917.

Der Ortsausschuß Karlsruhe des Vereins „Bad. Heimatdank“ Siegfried, Oberbürgermeister, Vorsitzender

Anselment, Kassierant (Vorsitzender des Gewerbevereins); Dr. Appel, Stadt- und Konferenz-Rabbiner; von Beck, Magdalena, Privat; Bergmann, Kaufmann (Vertreter der Kaufm. Angestellten); Bodenstein, Geistl. Rat, Stadtpfarrer; Frau Minister Dr. Böhm; Dewerth, Stadtrat; Dr. Dieß, Stadtrat; Dr. Dölter, Landgerichtsrat; Dürr, Stadtschulrat; Frau Kaufmann Esch; Erb, Schriftföher (Vertreter des Gewerkschafts-Kartells); Fischer, Hofprediger; Dr. Fuchs, Oberamtsrichter; Freiherr von Gleichenstein, Major; Dr. Guttsch, Medizinalrat; Hof, Verwalter (Vertreter der Kantonsassen); Dr. Hoffmann, 2. Bürgermeister, stellvert. Vorsitzender; Jermann, Stadtpfarrer; Dr. Kaiser, Geh. Medizinalrat; Dr. Kallenberg, Gewerbelehrer; Kambeiß, Schuhmachermeister (Vertreter der Hirsch-Dunler'schen Gewerbevereine); Kamm, Lina, Privat; Käpfele, Stadtrat; Frau Architekt Kirchenbauer; Koelle, Geh. Kommerzienrat (Vorsitzender der Handelskammer); Frau Rechtsanwält Matheis; Frau Baurat Möglic; Moninger, Kommerzienrat (Vorsitzender des Bezirksvereins Karlsruhe des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller); Müller, Verbandssekretär (Vertreter des Bad. Eisenbahner-Verbandes); Neudeck, Stadtschulrat (Vertreter des Bad. Militärvereinsverbandes); Frau Professor Dr. Richter; Salzer, Geh. Oberregierungsrat (Vertreter der Landwirtschaftskammer); Sauer, Geschäftsführer (Vertreter des Gewerkschaftskartells); Schick, Hofbuchbindermeister (stellvert. Vorsitzender der Handwerkskammer); Frau Prälat Dr. Schmitthemer; Schumann, Hausmeister (Vertreter des Bezirksvereins Karlsruhe der unteren Post- und Telegraphen-Beamten); Schwall, Gauleiter des Gauverbandes Baden des Verbandes des deutschen Verkehrs-Verjontals); Dr. Seidennadel, Geh. Regierungsrat, Großh. Amtsvorstand; Stemmer, Rektor der Handelschule; Wagner, Bahnarbeiter (Vertreter des christl. Gewerkschaftskartells); Dr. Weiß, Stadtrat; Wolff jr., Fabrikant (Vertreter der Handelskammer); Frau Geh. Oberfinanzrat Zimmermann.

Bekanntmachung.

Zur Selbsterziehung sollen auch in diesem Jahre die Steine von rohem, gelochten oder gedörrten Kirschen, Pfannem, Zwetschen, Mirabellen, Reineclauden, Apriosen (Pflirsche nicht), sowie Kürbis-, Apfelkernen, Zitronenkernen gesammelt werden.

Die Steine und Kerne sind nach Möglichkeit zu reinigen, von anhängendem Fruchtfleisch zu befreien und in der Sonne zu trocknen. Bei der Ablieferung müssen die einzelnen Sorten von einander getrennt sein.

Sammelstellen, bei denen die Steine und Kerne abgeliefert werden können, sind das städtische Gartenamt, Ettlingerstraße, das Gaswerk I, Kaiserallee, und die Gemeindefekretariate der Vororte.

Ablieferungszeit nachmittags von 3 bis 5 Uhr.

Als Vergütung erhalten die Sammler nach ihrer Wahl für das Kilogramm abgelieferter:

Kirschen, Pfannem, Zwetschen, Reineclauden, Mirabellen- und Apriosenkerne . . . 10 Pf. oder 4 Knochenbrühwürfel
Kürbiskerne . . . 15 „ 6 „
Apfelkerne u. Zitronenkern . . . 35 „ 14 „
sofort bei der Ablieferung.

Wir bitten die hiesige Bevölkerung im Interesse der Allgemeinheit, die Steine des verbrauchten Obstes nicht wegzulassen, sondern zu sammeln und bei den genannten Sammelstellen abzuliefern.

Karlsruhe, den 24. September 1917. 1100

Der Stadtrat.

Bei den städt. Handwagen-Vermietungsstellen

Gaswerk I, Kaiserallee 11, Fernsprecher 5350, und Adlerstraße 35, Fernsprecher Rathaus.

stehen Handwagen mit Bedienung durch Schüler für die Beförderung von Kohlen, Holz, Kartoffeln, Obst und dergl. zur Verfügung.

Die Miete einschließlich Bedienung beträgt für eine Stunde 75 S. Sie ist im voraus zu bezahlen.

Bestellungen sind im Interesse einer geregelten Zuweisung der Wagen an die Besteller am Tage vorher oder spätestens am Benützungstage bis vorm. 9 Uhr anzubringen.

1645
Das Bürgermeisteramt.

Städt. Sparkasse Karlsruhe.

Wir machen unsere Einleger darauf aufmerksam, daß die Zinsen aus Spareinlagen für 1917 schon vom 1. Dezember l. J. ab ausbezahlt werden, jedoch nur, wenn vor dem 1. Januar 1918 keine Beträge mehr abgehoben oder eingelegt werden.

Karlsruhe, den 15. November 1917. 1723

Die Verwaltung.



Singverein „Badenia“
C. 3.

Morgen Samstag, den 1. Dezember 1917, abends 9 Uhr 1774

Zusammenkunft
im Lokal. Der Vorstand.

GALERIE MOOS

Kaiserstrasse 187
15. Nov. — 31. Dez. 1917

Gemälde
Badischer Künstler
Neue Graphik:
Farbholzschnitte
Radierungen. 223

Bekanntmachung.

Zur Hundezwinger des städt. Waisenmeisters, Schlachthausstraße 17 (zwischen Kaserne und Eisenbahn), befinden sich nachstehende herrenlose Hunde:

- 1. Wolfshund, männlich
- 2. Schnauzer, männlich
- 3. Bullterrier, weiblich
- 4. Vorstehhund, männlich.

Dieselben werden, falls sie nicht innerhalb 3 Tagen vom Eigentümer abgeholt sind, getötet. 1777

Karlsruhe, 29. Nov. 1917.
Städtische Schlacht- und Viehhofdirektion.

Städt. Vierordtbad

Kohlensäurebäder und elegante
Wannenbäder.

I., II. und III. Klasse.
Für Herren und Damen
geöffnet Werktags vorm.
8—1 Uhr, nachm. 3—8
Uhr, Samstags abends
bis 9 1/2 Uhr und Sonntags
nur vorm. 8—12 Uhr.
Mittags 1 bis 3 Uhr geschlossen. 226

Schlacht pferde

und sonstige Tiere, die zur menschlichen Nahrung nicht verwendbar sind, werden stets angekauft von dem
Städtischen Gartenamt
Karlsruhe.

Lotterie-Buchhalterin

u. Korrespondentin, auch Journalisten, sofort oder spätestens auf Neujahr gesucht. Angebote mit Zeugnissen und Ansprüchen erbittet 1776
Götz, Hebelstr. 11/15
Karlsruhe.

Polstermöbel

aller Art und Betten kauft an
Polsterei Köhler, Schützenstr. 25. 1780

Nähmaschine.

Wer eine solche, beste Qualität (men), bei monatlicher günstiger Zahlung kaufen will, sende seine Adresse Zirkel 13, 2. St. 1773

Für meine Leihanstalt
suche ich
Flügel und Pianinos
zu kaufen
und erbitte Angebote. 1417
Ludwig Schwelsgut,
Kassierant Karlsruhe,
Erbringerstraße 4.

Kaufe

Betten, Schränke
Divans, Sofas,
Chaiselongues, Vertikals,
Klaviers usw. zu hohen Preisen.
Angebote Krämer, Karlsruhe,
Kaiserstraße 65. 1780

Daniels Konfektionshaus

Karlsruhe, Wilhelmsstrasse 34, 1 Tr.
Wintermäntel, Plüschmäntel,
Seidenmäntel, Wettermäntel,
Mantelkleider, Jackenkleider,
Röcke, Blusen, Unterröcke,
Pelze, Muffe, Plüschgarnituren.
Grosse Auswahl. — Keine Ladenspesen. 1675

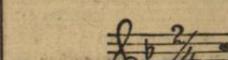
Wir empfehlen unser gut sortiertes Lager in

Noten für alle Instrumente

Versand nach auswärts erfolgt pünktlich. 1629

Odeon-Musikhaus

Karlsruhe. Kaiserstrasse 175.



Wir empfehlen unser gut sortiertes Lager in

Noten für alle Instrumente

Versand nach auswärts erfolgt pünktlich. 1629

Odeon-Musikhaus

Karlsruhe. Kaiserstrasse 175.

Kriegs-Ortsausschuß der Karlsruher Rasensportvereine.

Sonntag, 2. Dezember 1917, nachm. 2 1/2 Uhr,
(15 Minuten Wartezeit) treffen sich:

A.-Klasse
Frankonia-Karlsruhe — F. C. Mühlburg I.
Sportplatz

Germania-Durlach I. — T. F. C. Pforzheim I.
Germania-Sportplatz-Durlach.
Karlsruhe I. — K. F. V. I.
Sportplatz bei der Telegraphenkaserne.

B.-Klasse
Phönix-Karlsruhe I. — Germania-Brötzingen I.
K.F.V.-Sportplatz bei der Telegraphenkaserne.

Südstern-Karlsruhe I. — Konkordia-Karlsruhe I.
Mühlburger Sportplatz. 1770

Brennholz-Verkauf.

Buchen und Eichen, gefügt . . . per Str. 4.60
Buchen u. Eichen, gefügt u. gespalten „ „ 4.80
für alle Heizungen zum Strecken des Bedarfs von Kohlen u. Stoks verwendbar.

Lammen und Forsten, gefügt . . . 5.60
Lammen und Forsten, gefügt und
grob gespalten „ „ 5.80
Lammen und Forsten, gefügt, fein
gespalten, Anfeuerholz „ „ 6.50
ab Lagerplatz Schlachthofstraße 13.

Auf Wunsch zugeführt und ins Haus geschafft zum Selbstkostenpreis. 1770

Ludwig Braun

Holzhandlung. Telephon 5222.

Einen guten Fang



macht jedermann der seinen Bedarf in
Messern u. Stahl-
waren jeder Art deckt, wo dieselben auch sachmännisch
geschliffen und repariert werden können. 216
Karl Hummel, Werderstrasse Nr. 13, Telephon 1547.

Badischer Frauenverein, Abteilung II.

Im Hause Leopoldstr. 51 wird auf Anordnung des Stellv. Generalkommandos XIV. L.-K. Kriegsanstaltsstelle von der Abteilung II des Badischen Frauenvereins am Donnerstag, den 29. d. M., eine weite:

Kriegskrippe

mit Tag- und Nachtdienst eröffnet. Anmeldungen werden jeden Morgen um 9 Uhr in der Krippe entgegengenommen. 1778

Große Auswahl

Damen=Belze

und Muffen, besonders Alaska- und
Kreuz-Füchse. 1776

32 Nur Zirkel 32, eine Treppe hoch.
W. Lehmann, im Hause der Fahrradhandlung. 1809

Wir suchen für unsere Nahrungsmittelfabrik
fleißige, sanbere, junge
Mädchen. 1778

Arbeitsbuch und Luitungskarte mitbringen.
Gesellschaft Sinner
Grünwinkel. 3801

Gesucht werden:

Köchinnen für Privat
Mädchen für alles
Mädchen zum Anlernen sowie
Stundenfrauen für häusliche Arbeiten
für sofort oder später. 689

Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstr. 100, 3. Stock.

Drucksachen werden rasch und billig angefertigt in der
Buchdruckerei des „Volkstfreund“.